

Was denken die Bürger über das Sparen?

Standpunkte zur kommunalen Haushaltspolitik



Was denken die Bürger über das Sparen?

Standpunkte zur kommunalen Haushaltspolitik



Inhalt

Zusammenfassung	7
1. Hintergrund	9
2. Methodik	13
3. Eigenschaften der Befragten und der Städte	14
3.1 Merkmale der Person: Alter, Einkommen, Parteipräferenz	14
3.2 Merkmale der Stadt: Einwohnerzahl und Haushaltslage	18
3.3 Zusammenhänge zwischen den Merkmalen	20
4. Ergebnisse	23
4.1 Interesse und Informationsstand der Bürger	23
4.2 Ursachen kommunaler Verschuldung	25
4.3 Betroffenheit von Einsparungen und Verschuldung	28
4.4 Beteiligungsbereitschaft	30
4.5 Politisches Risiko der Haushaltskonsolidierung	34
5. Schlussfolgerungen	40
Literatur	45
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	47
Statistischer Anhang	48



Zusammenfassung

- Den Bürgern wird häufig unterstellt, Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung abzulehnen. Dies führt aufseiten der lokalen Politik dazu, das Thema und notwendige Maßnahmen zu verdrängen. Die Haushaltskrise breitet sich aus.
- Die vorliegende Befragung erhebt Meinungen und Einschätzungen der Bürger zur kommunalen Haushaltspolitik und Haushaltssanierung und analysiert sie nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen (Alter, Einkommen, Parteibindung, Größe und Haushaltslage der Stadt). Mit diesem Ziel ließ die Bertelsmann Stiftung in Oktober und November 2012 1.004 repräsentativ ausgewählte Bürger Nordrhein-Westfalens telefonisch befragen.
- Die Bürger haben ein realistisches Verständnis von der Haushaltslage ihrer Stadt. Zwei Drittel der Bürger beurteilen jene als (eher) schlecht. Die Einschätzung korreliert stark mit der tatsächlichen Haushaltslage und dem lokalpolitischen Interesse.
- Die Bürger sehen die Ursachen der Haushaltsnot nicht primär bei Stadtverwaltung und Lokalpolitik. Wichtiger sind exogene Faktoren wie steigende Sozialausgaben und zu geringe Zuweisungen des Landes. In der Beurteilung möglicher Ursachen treten deutliche Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Bürgern auf.
- Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet aus weiterer Verschuldung ihrer Stadt Beeinträchtigungen der eigenen Lebensqualität. Bürger der Städte des Stärkungspaktes sehen besonders große Gefahren. Aber auch Bürger aus fiskalisch gesunden Städten sind sensibilisiert.
- Von den zurückliegenden Einsparungen ihrer Städte fühlt sich knapp ein Viertel der Befragten persönlich betroffen. Gesellschaftliche Risiken bestehen dahingehend, dass Geringverdiener eine höhere Belastung empfinden; gleichsam Befragte aus Städten des Stärkungspaktes.
- Der Wunsch nach direkter Beteiligung betrifft vornehmlich große Infrastrukturprojekte. Sechs von sieben Bürgern wollen hierzu im Voraus befragt werden. Einzelne Investitionen werden kaum in Zusammenhang zur Haushaltskrise gesehen.
- Der Haushaltsplan als Ganzes ist in Sachen Beteiligung für knapp die Hälfte der Befragten relevant. Vor allem Jüngere und Nichtwähler sind an direkter Beteiligung interessiert.
- Eine bloße Beteiligung der Bürger über Vorschläge zur Haushaltssanierung wird der Haushaltskrise vieler Städte nicht gerecht. Die Bereitschaft, spürbare eigene Beiträge zur Haushaltssanierung zu leisten, teilen 40 Prozent der Befragten. Eine höhere Bereitschaft äußern die Wähler der Grünen. Ablehnend sind Nichtwähler und Geringverdiener.

- Vor konkrete Alternativen der Haushaltssanierung gestellt, würde die Mehrheit der Befragten eher höhere Abgaben tragen, als auf städtische Leistungen zu verzichten. Die höchste Zahlungsbereitschaft zeigen die Wähler der Grünen. Nichtwähler und Geringverdiener sind unentschieden. Jeder Neunte lehnt beide Alternativen ab.
- Die Bürger Nordrhein-Westfalens fordern die Sanierung der städtischen Haushalte. Drei Viertel der Befragten verorten die Haushaltssanierung als drängendste Aufgabe der Lokalpolitik. 80 Prozent würden einen Bürgermeister wählen, der den Haushalt konsequent saniert. Über die Hälfte will dabei keinen Haushaltsbereich auslassen.
- 45 Prozent der Befragten können als „konsolidierungsbereit“ bezeichnet werden; nur 6 Prozent als ablehnend. Das Größenverhältnis zwischen „konsolidierungsbereiten“ und „ablehnenden“ Bürgern ist 7,5 zu 1. Eher ablehnend sind Jüngere und Wähler der Grünen, fordern die Nichtwähler und Ältere.
- Die Bürger attestieren der Lokalpolitik mehrheitlich ein ernsthaftes Bemühen zur Haushaltsanierung. Jüngere, Nichtwähler und Bürger aus großen Städten sind skeptischer.
- Bürger aus haushalterisch gesunden Städten rechnen die gute Lage ihren Lokalpolitikern an. Sie fordern, diese Stabilität zu erhalten und wollen dazu beitragen.
- Der Anspruch der Bürger zur Sanierung der städtischen Haushalte verbleibt auf der rhetorischen Ebene. Der Schritt zu tatsächlichem Handeln und Akzeptanz der Folgen wird mehrheitlich noch nicht gegangen.
- Die Städte müssen Haushaltslage und notwendige Maßnahmen ehrlich kommunizieren. Offenheit und ein grundlegendes Verständnis der Bürger sind vorhanden, ebenso die Bereitschaft, über Konsolidierungsmaßnahmen zu diskutieren.
- In der Befragung treten an vielen Punkten deutliche Unterschiede in den Einschätzungen jüngerer und älterer Befragter hervor. Auch die Größe des Wohnortes und dessen Haushaltslage drückt sich mehrfach aus. Keinen Einfluss hat hingegen die Präferenz für eine der zwei Volksparteien. Nichtwähler und Jüngere lassen an einigen Punkten eine Distanzierung von den Vorgängen ihrer Stadt erkennen, die sich jedoch über direkte Partizipation ausgleichen ließe.
- Verschuldung und Einsparungen treffen Geringverdiener in der eigenen Wahrnehmung härter als den Durchschnitt der Bevölkerung. Sie sind dennoch nicht minder konsolidierungsbereit.
- Bürger aus Städten des Stärkungspaktes sehen sich ebenso stärker von Verschuldung und Einsparungen betroffen. Sie stehen eigenen Sparbeiträgen zurückhaltend gegenüber.

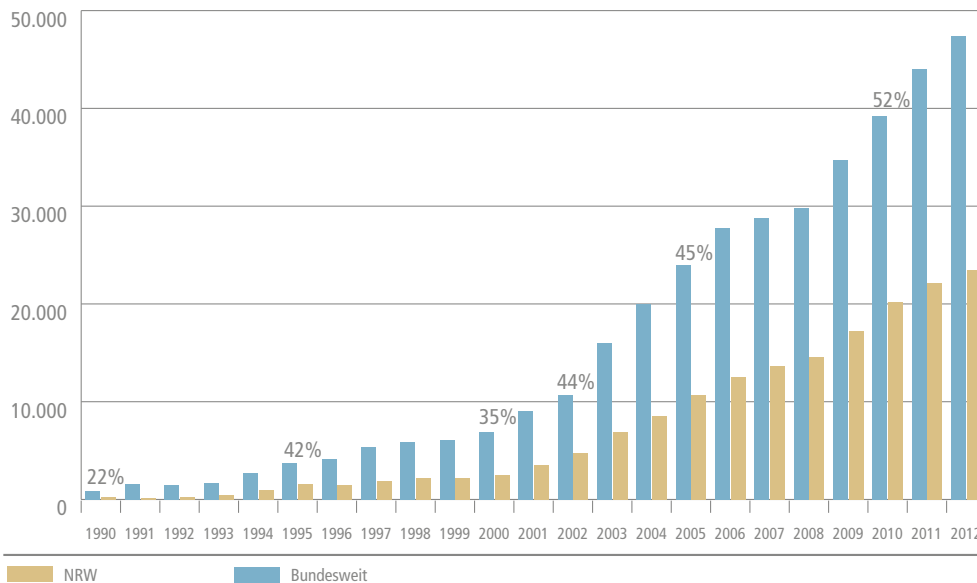


1. Hintergrund

Ein großer Teil der Städte Nordrhein-Westfalens ist, landläufig ausgedrückt, bankrott. Im Jahr 2011 konnten nur acht von 396 Städten den gesetzlich vorgeschriebenen „echten“ Haushaltsausgleich erreichen.¹ Die Belastung mit Kassenkrediten ist pro Einwohner mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Viele Städte können ihre gesellschaftlichen, administrativen und politischen Funktionen immer weniger erfüllen. Die Verschuldung der Städte, Gemeinden und Landkreise wird seit Jahren mit Besorgnis betrachtet. Im Vergleich der Ebenen mag die kommunale Verschuldung relativ gering erscheinen.² Sie ist jedoch infolge der strengen Schuldengrenzen und der Kommunalaufsicht für die lokale Politik, Verwaltung und nicht zuletzt die Bürger³ spürbar. Im Gegensatz zu Bund und Ländern sind die Kommunen seit vielen Jahren mit der Aufgabe konfrontiert, ihre Defizite abzubauen. Augenscheinlich ist dies in der Breite nicht gelungen, wie anhand der Kassenkredite als geläufigem Krisenindikator deutlich wird (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung der kommunalen Kassenkredite im Zeitverlauf bundesweit und NRW

(in Millionen Euro)



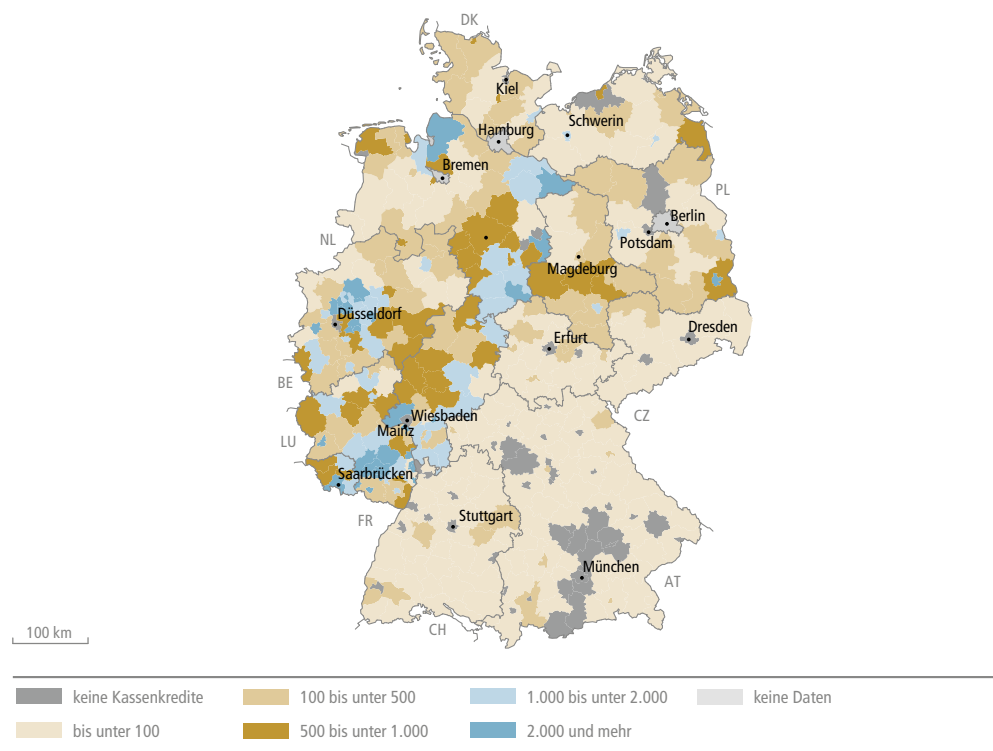
Quelle: Destatis und IT-NRW

- 1 Nach § 75 Absatz 2 Satz 1 GO NRW. Vgl. Übersicht des Innenministeriums über den Haushaltsstatus der nordrhein-westfälischen Kommunen am 31.12.2011. URL: www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/haushaltssicherung/ueberblick-zur-haushaltssicherung.html (abgerufen am 30.01.2013). Über 90 Prozent der Bürger NRWs leben in Städten mit zumindest suboptimaler Haushaltslage. Weitere 98 der 396 Städte erreichten 2011 einen fiktiven Haushaltsausgleich.
- 2 Die gesamtstaatliche Verschuldung belief sich zum 30.9.2012 auf 2.064 Milliarden Euro (vorläufige Zahlen). Davon entfielen rund 133 Milliarden Euro (6,4 Prozent) auf die Kommunen. Der kommunale Anteil an allen Kassenkrediten beläuft sich hingegen auf über 43 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Schulden/Tabellen/Schulden300912.html (abgerufen am 30.1.2013).
- 3 Die männliche Form wird lediglich aus Gründen der Lesbarkeit gewählt. Sie ist als generisches Maskulinum zu verstehen.

Doch der Blick auf die absoluten Zahlen dieses Krisenindikators täuscht. Kommunale Verschuldung ist ein regionales Problem, wenn auch der Umfang dieser Regionen wächst. Aus Abbildung 2 wird deutlich, dass Kassenkredite und somit die kommunale Haushaltskrise vornehmlich in fünf Bundesländern auftreten. Rund die Hälfte des Gesamtbestandes entfällt allein auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2000 waren es „nur“ rund 35 Prozent (vgl. Abbildung 1). Nordrhein-Westfalen gilt als Brennpunkt der kommunalen Schuldenkrise; eine unrühmliche Popularität (vgl. Anton 2012; Holler 2012).

Abbildung 2: Kommunale Kassenkredite im regionalen Vergleich 2010

Kommunale Kassenkredite in Euro je Einwohner



Quelle: Bundesamt für Bau, Stadt und Raumforschung 2012: 7

| Bertelsmann Stiftung

Mit dem Volumen der Kassenkredite erhöhte das Land den Druck auf die Kommunen, Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Nordrhein-Westfalen war Vorreiter einer sich stetig verschärfenden Rechtslage, wachsender Eingriffe der Kommunalaufsicht und sinkender Handlungsspielräume der örtlichen Politik (vgl. Holtkamp 2010). Nichtsdestotrotz befindet sich fast die Hälfte aller Städte in der Haushaltssicherung. Dort sind die finanziellen und politischen Gestaltungsspielräume äußerst gering. Kommunale Selbstverwaltung ist kaum mehr vorhanden. Der Druck steigt, Ausgaben und damit Leistungen zu reduzieren.



Den lokal Verantwortlichen stellen sich vielfältige Hürden in der Haushaltspolitik und der Sanierung der städtischen Haushalte. Nicht selten werden die Bürger als Erklärung dafür angeführt, dass bestimmte Sanierungsmaßnahmen nicht möglich wären. Die Erfahrungen der lokalen Politik mit den Bürgern sind zwiespältig. Die im Allgemeinen stets geforderte Haushaltsdisziplin bedeutet unpopuläre Entscheidungen in den Städten, gegen welche sich schnell Widerstand regen kann.⁴ Auf einer abstrakten Ebene lehnen die Bürger der Bundesrepublik öffentliche Verschuldung beständig ab.⁵ Auf der lokalen Ebene hingegen opponieren sie oft gegen Maßnahmen, die notwendig wären, die laufende Verschuldung zu reduzieren. Dieses Dilemma lähmt die lokale Politik fortwährend. Es ist eine der Hürden einer ehrlichen Haushaltspolitik und der kommunalen Haushaltskonsolidierung.

Die Bertelsmann Stiftung hat sich die Aufgabe gestellt, das gelegentlich diffus erscheinende Meinungsbild der Bürger zur lokalen Haushaltspolitik näher zu untersuchen, damit eine objektive Diskussionsgrundlage und Transparenz zu schaffen. Im Oktober und November 2012 wurden 1.004 repräsentativ ausgewählte Bürger Nordrhein-Westfalens telefonisch befragt.⁶ Folgende Fragen standen im Fokus:

1. Sind die Bürger über die Haushaltslage ihrer Stadt informiert?
2. Wo verorten die Bürger die Ursachen etwaiger Defizite?
3. Fühlen sich die Bürger von kommunaler Verschuldung und Einsparungen betroffen?
4. In welcher Form wollen sich die Bürger an der Haushaltssanierung beteiligen?
5. Ist Haushaltskonsolidierung ein politisch schädliches Thema?

Die Einschätzungen der Bürger können von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden. Im Rahmen dieser Untersuchungen wird auf die Wirkung dreier persönlicher Merkmale (Alter, Einkommen, Parteipräferenz) sowie zweier Merkmale des Wohnortes (Einwohnerzahl, Haushaltslage) eingegangen.

4 Von 396 Städten und Gemeinden des Landes besitzen 275 den Status einer Stadt. Diese Unterscheidung ist historisch bedingt und nicht von direkter praktischer Relevanz. Die Aufgabenverteilung ergibt sich allgemein nach § 4 GO NRW. Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Folge nur von Städten gesprochen.

5 In einer repräsentativen Befragung im Juli 2011 im Auftrag des Magazins Stern nannten die Deutschen die ausufernde Staatsverschuldung als größte Sorge.

6 Die telefonische Befragung erbrachte die forsa, Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH.

Die Ergebnisse dieser Befragung sowie die daraus in der Folge abgeleiteten Schlüsse sollen den lokal Verantwortlichen in Politik und Verwaltung eine Hilfestellung dahingehend bieten, die Standpunkte der Bürger besser nachvollziehen zu können. Sie können helfen, unpopuläre Entscheidungen abzuwägen, Mehrheitsverhältnisse einzuschätzen und eigene Politik zu reflektieren. Gleichzeitig richtet sich diese Publikation an die Bürger selbst. Auch diese stehen vor der schwierigen Herausforderung, Anspruchshaltungen und finanzielle Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Dr. Kirsten Witte
Programmleiterin
LebensWerte Kommune

Dr. René Geißler
Projektmanager
Reformkonzepte Finanzen im Programm LebensWerte Kommune



2. Methodik

Viele Befragungen zum Thema kommunale Finanzen adressieren Beschäftigte der Verwaltungen oder der lokalen Politik, somit Personen, die sich beruflich bzw. ehrenamtlich, aber zumindest offiziell mit diesen Themen befassen (sogenannte Experten). Demgegenüber ist es ganz explizit Ziel dieser Erhebung, die Einschätzungen „normaler“ Bürger zu erheben. Dieses Untersuchungsziel hat Konsequenzen auf den Fragebogen selbst. So kann aufseiten des Bürgers zum Beispiel kein detailliertes Fachwissen über die gemeindliche Haushaltsslage und Kennzahlen vorausgesetzt werden. Dies schlägt sich in der Tiefe der Fragen und der Wortwahl nieder. In den telefonischen Befragungen waren die Bürger gebeten, ihre persönliche Einschätzung zu einer Frage bzw. einer Aussage auf einer vierstufigen Skala zu verorten (geschlossene Fragen). Zusätzlich bestand die Option, „keine Antwort“ zu geben. Diese Verortung der eigenen Einschätzung sollte stets mit Bezug auf den eigenen Wohnort erfolgen.

In der Fokussierung der Zielgruppe fiel die Wahl auf das Land Nordrhein-Westfalen. Zum einen begründet sich diese Auswahl aus der langjährigen hohen Problemausprägung kommunaler Defizite und damit langjährigen Haushaltssicherungen. Ein zweiter Faktor liegt im Stärkungspakt Nordrhein-Westfalen, der aktuell in den betroffenen 61 Städten eine weitere Zunahme des Konsolidierungsdrucks bedeutet. Aus der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen (Grundgesamtheit) wurde eine repräsentative Stichprobe von 1.004 Personen ab dem Alter von 16 Jahren ausgewählt und telefonisch kontaktiert.⁷

Jede Methode der empirischen Forschung weist spezifische Vor- und Nachteile auf und stößt unweigerlich an Grenzen (Schnell, Hill und Esser 2011: 313 ff.). Die Entscheidung für ein Untersuchungsdesign resultiert aus den Erkenntniszielen. Mit dem Ziel, einen repräsentativen Ausschnitt der Bürger Nordrhein-Westfalens und ein repräsentatives Meinungsbild zu erreichen, geht unweigerlich die Entscheidung für geschlossene Fragen, somit eine Standardisierung einher. Tiefer gehende Gedanken der Bürger können in diesem Rahmen ebenso wie weitere individuelle Merkmale und über den Fragekanon hinausgehende Themen nicht erhoben werden. Eine Herausforderung besteht darin, die Befragung verständlich und relevant zu gestalten, um seitens der Befragten ehrliche Antworten zu erhalten. Zur Entwicklung des Fragebogens und im Sinne einer ausgewogenen Interpretation der statistischen Ergebnisse wurden Experten aus Wissenschaft und Verwaltung einbezogen.

⁷ Telefonische Befragungen stellen gegenüber postalischen weitere Anforderungen an z. B. Verständlichkeit und Anonymität (vgl. Schnell, Hill und Esser 2011: 356 ff.).

3. Eigenschaften der Befragten und der Städte

Die Einschätzungen unter den 1.004 Befragten sind heterogen. Da es Anspruch dieser Befragung ist, ein tieferes Verständnis davon zu entwickeln, was Bürger über kommunale Haushaltspolitik und Verschuldung denken, untersuchen wir den Einfluss verschiedener Merkmale auf das Meinungsbild der Bürger. Zu den 1.004 Befragten liegen jeweils drei Merkmale zur Person (Alter, Einkommen, Parteipräferenz) sowie zwei zum Wohnort (Einwohnerzahl, Haushaltslage) vor. Im Kapitel 4 wird jeweils geprüft, in welchem Maße entlang dieser fünf Merkmale Unterschiede der Meinungsbilder auftreten. In einem ersten Schritt werden die Merkmale selbst sowie deren Verteilung unter den Befragten und in der Grundgesamtheit erläutert.

Im Anhang dieser Publikation sind die statistischen Ergebnisse der Befragung ausgewiesen. Für jede Frage bzw. Aussage lassen sich dort das Antwortverhalten der Befragten als auch jeweils dessen Differenzierung vollständig entnehmen. Ansätze der Interpretation ergeben sich aus etwaigen Unterschieden der Zustimmung bzw. Ablehnung. Wesentliche Unterschiede deuten auf einen Einfluss des jeweiligen Merkmals hin. Über den statistischen Anhang soll dem Leser die Möglichkeit eröffnet werden, eigene Interpretationen und Analysen zwischen den Subgruppen der Befragten anzustellen.

3.1 Merkmale der Person: Alter, Einkommen, Parteipräferenz

Der Zusammenhang zwischen Alter und politischem Interesse wird seit vielen Jahren beobachtet. Jüngere verorten ihr eigenes Interesse geringer denn Ältere, sind weniger in Parteien aktiv und nehmen seltener an Wahlen teil (vgl. Schneekloth 2010: 129 ff.).⁸ Ein weiterer Aspekt des Alters liegt in der Lebenserfahrung der Befragten, welche bei Älteren zwangsläufig eine andere ist und welche aktuelle Meinungen prägt. Aus finanzpolitischer Sicht treffen die Folgen hoher Verschuldung die jüngere Generation härter denn die ältere, denn letztlich muss sie zukünftig Zins und Tilgung tragen; dies bei sinkender Bevölkerung und häufig für Leistungen der Vergangenheit. Insofern ist es relevant zu erheben, ob sich die Einschätzungen der Altersgruppen unterscheiden. Etwaige Differenzen gewinnen angesichts der demographischen Entwicklung auch Bedeutung für politische Mehrheiten und Entscheidungen.

Die Befragten wurden vier Alterskohorten zugeordnet. Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Stichprobe und im Vergleich die Verteilung der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens. Der Vergleich zur amtlichen Statistik bezieht sich auf alle Bürger ab 16 Jahren (15,217 Millionen). Hier werden Unterschiede in zwei Alterskohorten deutlich. In der Stichprobe der 1.004 Befragten ist die jüngste Altersgruppe unterrepräsentiert und jene der „45- bis 59-Jährigen“ überrepräsentiert. Da uns explizit daran gelegen ist, etwaige Differenzen zwischen der jüngeren und älteren Generation aufzudecken, werden die Alterskohorten der 16- bis 29-Jährigen (in der Folge Jüngere) und der ab 60-Jährigen (in der Folge Ältere) extrahiert und die statistische Analyse auf diese Alterskohorten konzentriert.

⁸ Eine der Maßnahmen zur Steigerung des politischen Engagements war die Absenkung des Wahlrechts auf 16 Jahre.



Tabelle 1: Altersstruktur der Befragten und der NRW-Bevölkerung

	Verteilung der Befragten	Amtliche Statistik
16 bis 29	11 %	19 %
30 bis 44	22 %	23 %
45 bis 59	36 %	27 %
Ab 60	32 %	30 %

Quelle: IT-NRW

Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung gehen im Regelfall mit der Einschränkung kommunaler Dienstleitungen und der Erhöhung von Abgaben einher. Beide Alternativen können Menschen mit geringem Einkommen besonders treffen, da sie eine geringere Kaufkraft und häufig einen höheren Bedarf an sozialen Leistungen besitzen. Die lokale Politik muss in Bezug auf Konsolidierungsmaßnahmen soziale Aspekte beachten. Das Merkmal Einkommen ist somit primär in der Ausprägung eines „geringen Einkommens“ relevant.

In der gesellschaftlichen Debatte steht der Begriff der „Armut“ im Vordergrund. Es ist eine „Verhärtung“ sowie eine Abkopplung betroffener Schichten von der wirtschaftlichen Entwicklung zu beobachten (vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2011: 3). Abbildung 3 zeigt anhand der SGB-II-Quote, dass der Anteil „armer“ Haushalte im Land extrem ungleich verteilt ist. Er bewegt sich zwischen 2 und über 16 Prozent. Nordrhein-Westfalen ist von „Armut“ stärker als der Durchschnitt der Bundesrepublik betroffen. Nicht überraschend findet sich eine Konzentration armer Haushalte in den Orten des Strukturwandels. So gilt das Ruhrgebiet als Problemregion wachsender Armut. Diese Statistik wird noch dadurch „geschönt“, dass sich Armutsrisiken auch innerhalb der Großstädte uneinheitlich auf Stadtbezirke verteilen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008b). Die tatsächlichen Disparitäten sind somit noch größer.

Die Untersuchung näherte sich diesem sensiblen Merkmal über eine Kombination von Haushaltsgröße und Haushaltseinkommen. Befragte, die in Ein-Personen-Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis 1.000 Euro monatlich leben, werden in dieser Untersuchung als „einkommenschwach“ betrachtet. Für Befragte aus Zwei- und Drei-Personenhaushalten liegt die Grenze bei 1.500 Euro sowie für Befragte aus größeren Haushalten bei 2.000 Euro (vgl. Tabelle 2). Insgesamt lagen unter den 1.004 Befragten zu 806 Befragten die beiden notwendigen Informationen vor. 115 Personen erfüllen die besagte Merkmalskombination.⁹ Das Merkmal „geringes Einkommen“ kann somit 14,3 Prozent der Befragten zugeordnet werden. Dies entspricht auffallend der offiziellen Statistik, welche für Nordrhein-Westfalen in 2010 eine Armutsgefährdungsquote von 15,4 Prozent ausweist (vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2011: 4).

⁹ Die hier herangezogenen Zahlen liegen höher als die offiziellen „Armutsschwellen“. Jene sind für NRW in 2010 mit 815 Euro für Alleinstehende und 1.711 Euro für eine vierköpfige Familie definiert.

Abbildung 3: Anteil der SGB-II-Beziehenden im Jahr 2010

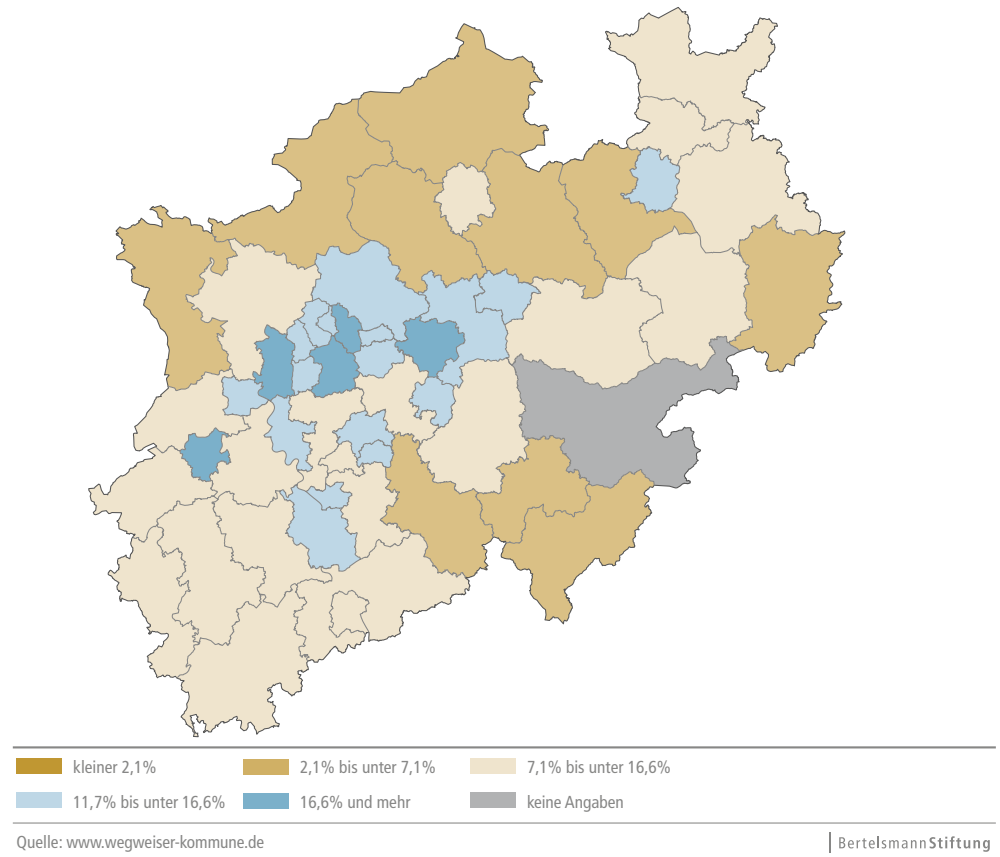


Tabelle 2: Kodierung und Verteilung des Merkmals „geringes Einkommen“

Haushaltsgröße	Haushaltseinkommen	N
1 Person	Bis 1.000 Euro	46
2 und 3 Personen	Bis 1.500 Euro	55
4 und mehr Personen	Bis 2.000 Euro	14
Befragte mit geringem Einkommen gesamt		115
Keine Angabe		198 von 1.004
Befragte mit notwendigen Informationen		806
Anteil Befragter mit geringem Einkommen		14,3 %

Quelle: Eigene Darstellung



Das dritte personenbezogene Merkmal ist die Parteipräferenz der Befragten. Die Parteipräferenz kann als ein Code betrachtet werden, mit dem eine „Komplexitätsreduktion“ und eine normative Selbstverortung verbunden ist (vgl. Pappi und Brandenburg 2010). Zwischen den Parteien sind durchaus Unterschiede in der Beurteilung öffentlicher Verschuldung wahrnehmbar. Über die kommunalen Wahlen erlangen unterschiedliche Präferenzen der Bürger Eingang in die lokale Politik. Die Bürger sollten daher Parteien präferieren, die ihren eigenen Normen entsprechen. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass sich lokale Politik in der Haushaltspolitik an den Präferenzen der adressierten Wählerklientel orientiert.

Tabelle 3 beinhaltet die Angaben der Befragten zu ihrer eigenen parteipolitischen Präferenz. Bezogen ist diese Präferenz auf die Wahlabsicht zu einer Bundestagswahl. Das Wahlverhalten der Bürger ist zwischen den Ebenen nicht identisch. Auf kommunaler Ebene treten diverse personale und lokalspezifische Entscheidungsfaktoren hinzu, welche allgemeine parteipolitische Orientierungen überlagern können. Die grundsätzliche politische Orientierung, die hier intendiert ist, lässt sich daher über die Fokussierung auf die Bundestagswahl am ehesten erheben.

Da die Anzahl der Nennungen für die Parteien FDP, Piraten und DIE LINKE zu gering war, um eine valide statistische Analyse zu ermöglichen, wurden diese Angaben der Rubrik „Sonstige“ zugeordnet. Inhaltlich nicht interpretierbar ist die Option „keine Angabe“. Daher basieren die folgenden Auswertungen lediglich auf den in Tabelle 3 genannten Parteien sowie den Nichtwählern. Über die Hintergründe und Interpretation von Nichtwählern wird seit Langem intensiv diskutiert (vgl. Neu 2012). Erklärungen bewegen sich zwischen Wertewandel, politischer Entfremdung und Zufriedenheit.

Die Repräsentativität der Parteipräferenzen kann an dieser Stelle kaum beurteilt werden. Die letzte Bundestagswahl als denkbarer Bezugspunkt lag zum Zeitpunkt der Befragung bereits mehr als drei Jahre zurück. Zwischenzeitlich haben sich die politischen Stimmungen mehrfach verändert, sichtbar am Beispiel der FDP. Für das Ziel dieses Merkmals, Unterschiede der Einschätzungen nach der Parteibindung zu ermitteln, ist dies jedoch nicht von Belang. Auffallend ist der geringe Anteil der Nichtwähler, selbst unter Hinzufügung der Antwortoption „keine Angabe“. Der Anteil der Nichtwähler betrug bei der letzten Bundestagswahl 2009 rund 29 Prozent. Die „Nichtwahl“ wird offensichtlich von den Befragten selbst als „gesellschaftlich unerwünscht“ angesehen und häufig in Befragungen verschwiegen (Neu 2012: 16).

Tabelle 3: Parteipräferenz der Befragten

SPD	28,2 %
CDU	28,9 %
Grüne	13,1 %
Sonstige (FDP, Piraten, DIE LINKE, Sonstige)	10,2 %
Nichtwähler	6,4 %
Keine Angabe	13,3 %

Quelle: Eigene Darstellung

3.2 Merkmale der Stadt: Einwohnerzahl und Haushaltslage

Die zweite Kategorie an Merkmalen erfasst Eigenschaften der Stadt als solche, die von Einfluss auf die Einschätzungen der Befragten sein können.

In der Verwaltungswissenschaft werden seit Jahrzehnten Unterschiede in den Funktionsweisen großer und kleiner Städte thematisiert. Die Einwohnerzahl wird in diesem Zusammenhang als Indikator einer bestimmten politischen Kultur betrachtet. Großen Städten wird eine „Parlamentarisierung“ der Stadträte, eine Professionalisierung von politischen Ämtern, eine Parteipolisierung der lokalen Politik und Verwaltungen sowie ein höheres Konfliktniveau attestiert (vgl. Grauhan 1972; Bogumil 2010: 39 ff.). Diese Phänomene stehen dem Sinn kommunaler Selbstverwaltung in Teilen entgegen. Sie erschweren den Diskurs und sachliche Problemlösungen. Die Politik kleiner Städte basiert hingegen viel stärker auf persönlichen Kontakten und weniger auf Parteigremien. Die Einwohnerzahl ist auch ein Indikator für die Entfernung zwischen Bürgern und lokalen Politikern.

Mit der Einwohnerzahl einer Stadt gehen Änderungen in deren kommunalen Leistungen und damit der Haushaltsstruktur einher. Große Städte bieten ein breiteres Spektrum öffentlicher, kostenaufwendiger Infrastruktur, zum Beispiel in Kultur, Bildung und Sport.¹⁰ In den großen Städten ist eine Ballung sozialer Aufgaben zu beobachten, welche den Haushalt besonders beanspruchen.¹¹ Große (kreisfreie) Städte sind daher auch von der Haushaltskrise stärker betroffen (vgl. Boettcher, Junkernheinrich und Micosatt 2010: 99).

Die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen sind für beide Effekte besonders anfällig. Die durchschnittliche Einwohnerzahl beträgt rund 45.000 Einwohner. Mit dieser Größenordnung bewegt sich Nordrhein-Westfalen weit außerhalb der Relationen der anderen Bundesländer. Um etwaige statistische Unterschiede zwischen kleinen und großen Städten aufzudecken, wird die Analyse in der Folge auf die Gruppe der „kleinen Städte bis 50.000 Ew.“ und der „großen Städte

¹⁰ Im Gegenzug erhalten sie höhere Zuweisungen.

¹¹ Die kreisangehörigen Städte werden vornehmlich indirekt über die Kreisumlage von den Sozialausgaben belastet. Die Belastung der kreisangehörigen Städte ist jedoch auch unter Beachtung der Aufgabenträgerschaft durch die Landkreise geringer. Vgl. Boettcher, Junkernheinrich und Micosatt 2010: 54.



ab 500.000 Ew.“ konzentriert. Tabelle 4 zeigt die Verteilung der Befragten auf zwei Größenordnungen der Städte. Diese Verteilung entspricht in hohem Maße der Grundgesamtheit der NRW-Bevölkerung.¹²

Tabelle 4: Verteilung der Befragten und der NRW-Bevölkerung auf Größenklassen der Städte

	Verteilung der Befragten	Amtliche Statistik
Kleiner 50.000 Ew.	39 %	37 %
Ab 500.000 Ew.	14 %	18 %

Quelle: IT NRW

Die Städte Nordrhein-Westfalens weisen im Durchschnitt eine hohe Belastung mit Kassenkrediten, also eine schlechte Haushaltslage, auf. Nichtsdestotrotz ist dies kein flächendeckender Zustand. Das Problemausmaß variiert im Land erheblich (vgl. Abbildung 2). Neben Städten mit einer dramatisch hohen Verschuldung existieren auch solche mit gesunden Haushalten. Die hoch verschuldeten Städte befinden sich häufig bereits seit über zehn Jahren in der Haushaltskonsolidierung. Im Rahmen der Befragung wird geprüft, ob und in welcher Weise sich eine schlechte oder gute Haushaltslage der Städte auf die Einschätzungen der Bürger auswirkt.

Die Beurteilung der spezifischen gemeindlichen Haushaltslage ist anhand vieler Indikatoren denkbar, von außen dennoch immer nur begrenzt möglich. Ein „objektiver“ Indikator für eine schlechte Haushaltslage ist mit dem Stärkungspakt Nordrhein-Westfalen gegeben. Über den Stärkungspakt gewährt das Land insgesamt 61 Städten befristete Zuschüsse als Anreize eigener Sanierung (vgl. Diemert 2012). Diese Städte wurden auf Grundlage von Haushaltskennzahlen ausgesucht. Soweit in der Folge von „armen Städten“ gesprochen wird, sind damit also die Städte des Stärkungspaktes gemeint. Insgesamt 26 Prozent der Befragten wohnen in Städten des Stärkungspaktes (vgl. Tabelle 5).

Für die Bestimmung einer „guten“ Haushaltslage existiert kein vergleichbarer gebündelter Indikator. Zur Orientierung wird auf den Stand der Kassenkredite sowie das Haushaltsergebnis 2011 zurückgegriffen. Als fiskalisch „gesunde Städte“ werden diejenigen bezeichnet, die in den Jahren 2009 bis 2011 nahezu keine Kassenkredite aufwiesen und im Jahr 2011 einen echten Haushaltsausgleich bzw. unter Zuhilfenahme der Ausgleichsrücklage erreichten (vgl. § 75 Absatz 2 Sätze 2 und 3 GO NRW).¹³ Von den 396 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens können infolge dessen 71 als fiskalisch gesund bezeichnet werden. Dort leben 2.351 Millionen Einwohner. Die Durchschnittsgröße liegt mit rund 33.100 Einwohnern weit unter den Durchschnitt aller NRW-Städte.

¹² Obgleich sie infolge starker Schrumpfung die Schwelle in 2006 unterschritt, wurde die Stadt Duisburg der Größenklasse ab 500.000 Einwohnern zugeordnet. Es ist davon auszugehen, dass die erwähnten Besonderheiten großer Städte in Duisburg als langfristig stabile Trends weiter vorhanden sind.

¹³ Das Volumen der Kassenkredite musste für diese Einschätzung in zumindest zwei der drei genannten Haushaltsjahre null sein. In einem der drei Jahre wurde ein Volumen von bis zu 150 Euro pro Einwohner als geringfügig angesehen. Vgl. Übersicht des Innenministeriums über den Haushaltsstatus der NRW-Kommunen am 31.12.2011. URL: www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/haushaltssicherung/ueberblick-zur-haushaltssicherung.html (abgerufen am 30.01.2013).

Die fiskalisch gesunden Städte sind somit eher die kleinen Städte. Die einzige Großstadt ist Düsseldorf.¹⁴ Unter den 1.004 Befragten sind 136 Einwohner in einer dieser Städte wohnhaft, somit rund 14 Prozent der Stichprobe (vgl. Tabelle 5).

Die Verteilung der Befragten nach armen und gesunden Städten entspricht weithin der Grundgesamtheit des Landes. Die Stichprobe ist nach diesen Merkmalen repräsentativ.

Tabelle 5: Verteilung der Befragten und der NRW-Bevölkerung nach Haushaltsslage der Städte

	Arme Städte (Stärkungspakt)	Gesunde Städte
Anteil an Befragten	26 %	14 %
Anteil an allen NRW-Einwohnern	29 %	13 %

Quelle: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, eigene Berechnung

Mit der vorliegenden Befragung wird der Zweck verfolgt, ein repräsentatives Meinungsbild der NRW-Bürger zu erheben sowie den Einfluss der genannten Merkmale und Merkmalsausprägungen auf deren Einschätzungen zu untersuchen. Die Repräsentativität der Stichprobe ist von Bedeutung, da andernfalls Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens nicht möglich sind. Eine Stichprobe, die allen Merkmalen gleichzeitig und vollständig gerecht wird, ist statistisch nicht zu erreichen. Eine wesentliche Abweichung der Stichprobe im Vergleich zur NRW-Bevölkerung ist hier allein in Bezug auf die jüngere Altersgruppe gegeben. Dies ist in der Interpretation zu beachten. Grundsätzlich ist die Stichprobe der 1.004 Befragten repräsentativ für die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens.

3.3 Zusammenhänge zwischen den Merkmalen

Über diese fünf Merkmale in ihren elf Ausprägungen wird der Einfluss auf die Einschätzungen der Befragten untersucht. Ein notwendiger vorhergehender methodischer Schritt ist es, etwaige Zusammenhänge zwischen diesen fünf Merkmalen und Ausprägungen selbst aufzudecken, um „Scheinkorrelationen“ zu vermeiden. In Tabelle 6 sind diese statistischen Zusammenhänge dargestellt. Die obere horizontale Zeile weist die Verteilung des Merkmals in der Grundgesamtheit der Stichprobe aus (z. B. Parteipräferenz Grüne 13,2 Prozent unter allen 1.004 Befragten). Die farblich nicht markierten Felder sind jene, in denen Zusammenhänge grundsätzlich statistisch möglich sind.¹⁵ Die Merkmalspaarungen der leeren Felder sind statistisch nicht auffällig und entsprechen der Verteilung der Grundgesamtheit. Insgesamt treten in 16 Feldern die jeweils genannten Zusammenhänge auf. Zur Verdeutlichung sind die jeweiligen Verteilungswerte in Klammern angegeben. Ein Beispiel: Jüngere Befragte haben häufiger ein geringes Einkommen als die nicht jüngeren Befrag-

¹⁴ Ohne Düsseldorf betrüge der Durchschnitt nur rund 25.000 Einwohner.

¹⁵ In einer bivariaten Kreuztabelle tritt jede Merkmalspaarung zweifach auf. Die eine Hälfte der Tabelle ist daher zur Vereinfachung grau hinterlegt. Die beige markierten Felder betreffen die Merkmalspaarungen, welche statistisch nicht möglich sind. So kann ein Befragter zum Beispiel nicht gleichzeitig eine Parteipräferenz für die SPD haben und Nichtwähler sein.



ten. In diesem Fall haben 17 Prozent der Jüngeren ein geringes Einkommen. Unter den nicht Jüngeren hingegen nur 10 Prozent.

Im Allgemeinen sind die Zusammenhänge, wo gegeben, gering. Der stärkste Zusammenhang tritt in der Merkmalskombination „kleine Stadt“ und „arme Stadt“ auf. „Kleine Städte“ sind deutlich seltener im Stärkungspakt vertreten als die nicht kleinen Städte. Unter den 61 Städten des Stärkungspaktes gehören 32 der Kategorie der „kleinen Städte“ mit weniger als 50.000 Einwohnern an. In der Gesamtheit aller NRW-Städte ist deren Anteil mit rund 81 Prozent wesentlich höher.

Die Richtungen der Zusammenhänge sind jeweils kausal erklärbar. So ist es nicht neu, dass zum Beispiel die CDU bei älteren Bürgern höhere Zustimmung findet, in den großen Städten hingegen geringere. Eine Determiniertheit eines Merkmals durch ein anderes ist nicht gegeben. Die Merkmale besitzen jeweils eine eigene, von den übrigen Merkmalen isolierte Erklärungskraft. Sie sind somit für die statistische Analyse geeignet.

Tabelle 6: Zusammenhänge der Merkmale von Person und Stadt

	Merkmale der Person			Merkmale der Stadt							
	Alter	Geringes Einkommen	Parteipräferenz	SPD	Grüne	Nichtwähler	Einwohner bis 50.000	Arme Stadt	Gesunde Stadt		
Stichprobe gesamt	16 bis 29 Jahre 10,7 %	ab 60 Jahre 31,8 %	14,3 %	28,9 %	28,3 %	13,2 %	6,5 %	39,4 %	13,7 %	25,9 %	13,6 %
Alter 16 bis 29		Jüngere haben häufiger ein geringes Einkommen (17 % versus 10 %)			Jüngere wählen seltener Grüne (9 % versus 14 %)	Jüngere sind seltener Nichtwähler (2 % versus 7 %)				Jüngere wohnen seltener in Städten des Stärkungspaktes (21 % versus 27 %)	Jüngere wohnen seltener in gesunden Städten (7 % versus 11 %)
Alter ab 60			Ältere wählen häufiger CDU (37 % versus 25 %)		Ältere wählen seltener Grüne (7 % versus 16 %)						
Geringes Einkommen					Bürger mit geringem Einkommen wählen seltener Grüne (9 % versus 14 %)	Bürger mit geringem Einkommen sind häufiger Nichtwähler (9 % versus 6 %)		Bürger mit geringem Einkommen wohnen häufiger in großen Städten (20 % versus 13 %)			Bürger mit geringem Einkommen wohnen seltener in gesunden Städten (5 % versus 12 %)
Parteipräferenz CDU											
Parteipräferenz SPD											
Parteipräferenz Grüne											
Parteipräferenz Nichtwähler										Nichtwähler wohnen häufiger in armen Städten (9 % versus 6 %)	
Stadt bis 50.000 Ew.											Kleine Städte sind häufiger gesunde Städte (54 % versus 37 %)
Stadt ab 500.000 Ew.											
Arme Stadt											

Quelle: eigene Darstellung



4. Ergebnisse

4.1 Interesse und Informationsstand der Bürger

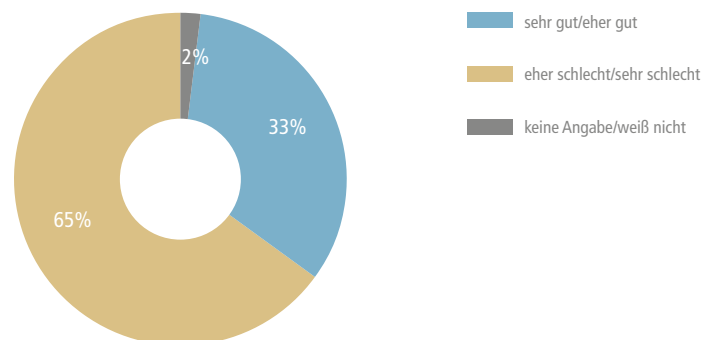
Der erste Fokus der Befragung zielt auf das allgemeine Interesse an Lokalpolitik und im Speziellen den Informationsstand der Bürger zur Haushaltslage, das heißt, in welchem Maße ihnen die Haushaltslage ihrer Stadt bewusst ist. Interesse an Lokalpolitik ist eine Voraussetzung dafür, überhaupt für Informationen empfänglich zu sein. Die Sensibilisierung für die städtischen Finanzen sollte dann dazu führen, Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung eher nachvollziehen zu können.

Die 1.004 Befragten verteilen sich nahezu hälftig in „sehr stark/stark interessiert“ und „wenig/überhaupt nicht interessiert“. Dieser doch relativ hohe Anteil Nichtinteressierter vermag zu überraschen. In der Wissenschaft wird häufig der enge räumliche Bezug zwischen Stadt und Bürger betont. Auch die Bürger selbst wünschen eine Stärkung der Gemeinden (Bertelsmann Stiftung 2008a: 19). In Bezug auf das Interesse an Lokalpolitik tritt die bereits erwähnte Distanzierung Jüngerer hervor. In der Altersgruppe der „16- bis 29-Jährigen“ ist das Interesse mit 33 Prozent deutlich geringer. Vergleichbar geringes Interesse zeigen Befragte mit „geringem Einkommen“. Tatsächlich tritt hier ein Zusammenhang auf. Geringes Alter und geringes Einkommen wirken additiv mindernd auf das lokalpolitische Interesse.¹⁶ Nach parteipolitischer Präferenz weichen die Anhänger der „Grünen“ nach oben ab. Die Einwohnerzahl und Haushaltslage der Wohnorte haben keinen Einfluss.

Daran anschließend waren die Befragten gebeten, die Haushaltslage ihres Wohnortes einzuschätzen. Im Ergebnis beurteilen zwei Drittel jene als „eher schlecht/sehr schlecht“ und ein Drittel als „sehr gut/eher gut“. Interessant ist, dass lediglich 2 Prozent sich hier der Meinung enthalten. Fast alle Befragten sehen sich zu einer Einschätzung in der Lage.

Abbildung 4: Einschätzung der Haushaltslage des Wohnortes

Wie schätzen Sie alles in allem die Haushaltslage Ihrer Stadt ein?



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

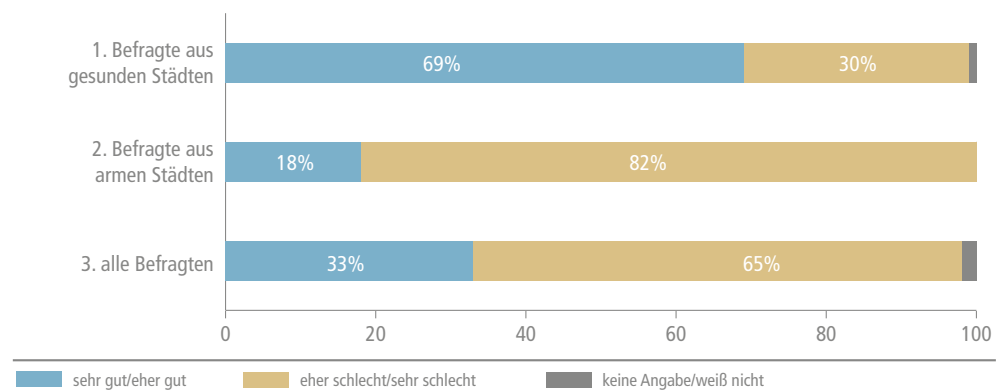
¹⁶ „16- bis 29-Jährige“ mit „geringem Einkommen“ bezeichnen sich nur zu 22 Prozent als lokalpolitisch interessiert.

Die Altersgruppe der „16- bis 29-Jährigen“ und die Gruppe der Befragten mit „geringem Einkommen“ bewerten die Haushaltslage positiver. In der parteipolitischen Perspektive fallen wiederum die Anhänger der „Grünen“ mit einer im Vergleich zu SPD und CDU schlechteren Einschätzung heraus. Deutlich positiver bewerten Befragte aus den kleinen Städten die Haushaltssituation ihres Wohnortes, negativer hingegen jene aus den großen Städten.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Bürger zu einer realistischen Einschätzung in der Lage sind, ihnen die Haushaltssituation ihrer Stadt also bewusst ist. Die positivere Einschätzung Befragter aus kleinen Städten ist hierfür ein Indiz, denn tatsächlich kumulieren die Haushaltsprobleme in den großen Städten. Eine konkrete Frage nach zum Beispiel dem Stand der Kassenkredite oder den Erträgen aus der Gewerbesteuer ist nicht möglich, da dieser Informationsstand nicht vorausgesetzt werden kann. Wir nähern uns einer Antwort, indem wir die Einschätzungen der Befragten getrennt nach der Haushaltslage der Städte betrachten. Mit den Städten des Stärkungspaktes ist eine klar abgrenzbare Gruppe von Städten gegeben, denen ganz offiziell eine besonders schlechte Haushaltslage attestiert wurde. Verfügen die Bürger über einen realistischen Informationsstand, sollte deren Einschätzung in diesen Städten deutlich negativer ausfallen denn in der Gesamtheit aller Befragten. Unter allen Befragten sind 260 Befragte in Städten des Stärkungspaktes wohnhaft. Gegenteilig sollten Befragte aus fiskalisch gesunden Städten die Haushaltslage ihrer Stadt positiver beurteilen. Der Unterschied ist ausgesprochen stark (vgl. Abbildung 5). Die Bürger besitzen ein in der Tendenz stimmiges Bild der Haushaltslage ihrer Städte.

Abbildung 5: Einschätzung der Haushaltslage des Wohnortes differenziert nach armen und gesunden Städten (in Prozent)

Wie schätzen Sie alles in allem die Haushaltslage ihrer Stadt ein?



Quelle: eigene Darstellung

Bertelsmann Stiftung

Der nächste Schritt ist, zu untersuchen, ob Interesse an Lokalpolitik und die Einschätzung der Haushaltslage in einem Zusammenhang stehen. Tatsächlich liegt ein solcher Zusammenhang vor. Unter den Befragten aus armen Städten führt ein höheres lokalpolitisches Interesse zu einer nega-



tiveren Beurteilung der Haushaltslage. In der Gruppe der Befragten aus fiskalisch gesunden Städten kehrt sich dieser Zusammenhang um. Hier führt ein höheres lokalpolitisches Interesse zu einer besseren Einschätzung. Diese Korrelationen sind durchaus schlüssig. Ein höheres Interesse für Lokalpolitik drückt sich in einem besseren Kenntnisstand über den städtischen Haushalt und einer realitätsnahen Bewertung aus. Insbesondere in den Städten des Stärkungspaktes kann davon ausgegangen werden, dass die mediale Präsenz der Haushaltsnot zugenommen hat und die Bevölkerung weiter sensibilisiert wurde. Das Ergebnis der Befragten aus fiskalisch gesunden Städten ist doppelt bemerkenswert. Sie sind offensichtlich in der Lage, zwischen der allgemeinen landespolitischen Berichterstattung über die kommunale Finanzkrise und der eigenen Stadt zu differenzieren.

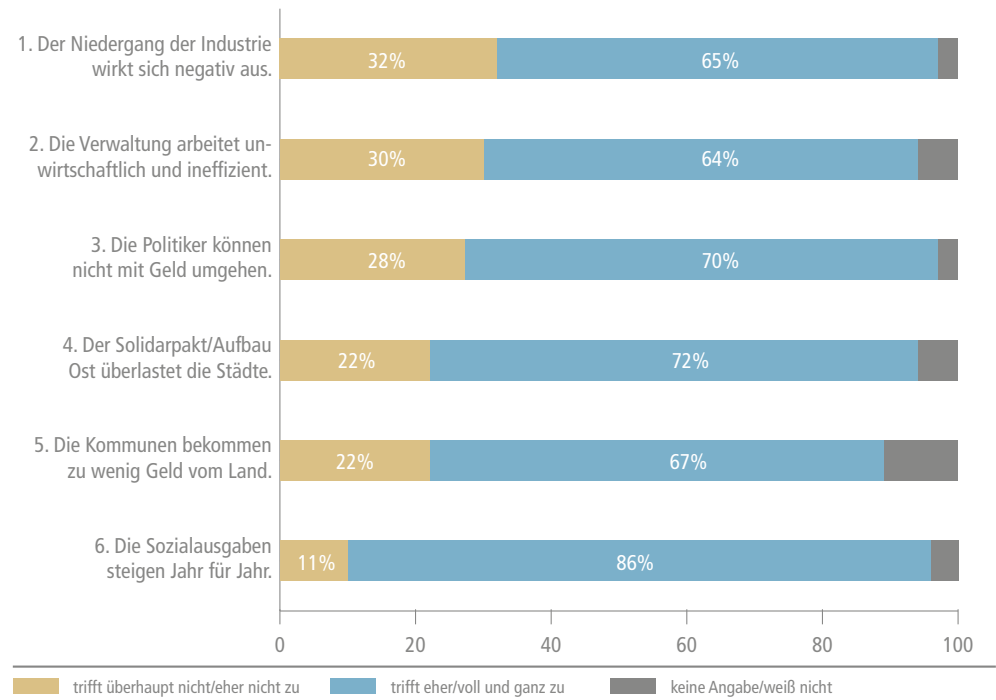
4.2 Ursachen kommunaler Verschuldung

Für die häufig schlechte Haushaltslage der Städte Nordrhein-Westfalens lassen sich eine Reihe Gründe anführen (vgl. Boettcher 2012; Schwarting 2011). Letztlich muss diese Frage für jede Stadt individuell beantwortet werden. Aus Sicht der lokalen Politik ist es dennoch von Interesse, wo die Bürger Ursachen und damit Verantwortung sehen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden die Befragten gebeten, sechs Aussagen jeweils einzeln zu bewerten, die inhaltlich an übliche diskutierte Ursachenkategorien anschließen. Um einen direkten Bezug zur eigenen Stadt herzustellen, wurden diese Einschätzungen nur von den Befragten eingeholt, welche die Haushaltslage ihrer Stadt als „eher schlecht/sehr schlecht“ beurteilten. Dies sind 649 Personen. Die Zustimmung der Befragten zu diesen sechs Aussagen schwankt zwischen 64 Prozent und 86 Prozent. Keine der Aussagen wird mehrheitlich abgelehnt (vgl. Abbildung 6).

Die geringste Zustimmung entfällt auf die Aussage 1. Hinter dieser Aussage steht der wirtschaftliche Strukturwandel, der insbesondere das Ruhrgebiet seit Jahrzehnten betrifft. Dieser Strukturwandel, eher ein Strukturabbau, führt zu sozialen Verwerfungen in Form von Arbeitslosigkeit und Verarmung, aber auch zu sinkenden Steuereinnahmen der Städte gepaart mit steigenden sozialen Ausgaben. Angesichts dieser relativ klaren Zusammenhänge fällt die Zustimmung überraschend gering aus. Jüngere äußern sich zurückhaltender als ältere Befragte. Bedenkt man, dass besagter Strukturwandel der Montanindustrie schon in den sechziger Jahren begann, wird dies verständlich. Für diese Aussage wurden Befragte aus Städten des Ruhrgebietes zusätzlich identifiziert. Hier ist die Zustimmung größer denn im Durchschnitt (74,7 Prozent), gleichsam in den armen Städten. Befragte aus den gesunden Städten stimmen im Vergleich seltener zu. Anhänger der klassischen Volksparteien SPD und CDU liegen gleichauf im Durchschnitt. Anders jene der Grünen. Die Entwicklung Letzterer als Partei begann zum einen historisch später, zum anderen ist auch eine gewisse Distanz zur alten Montanindustrie gegeben. Sie teilen dieses Argument seltener. Nichtwähler etwas stärker.

Abbildung 6: Ursachen kommunaler Verschuldung (N 649)

Wo sehen Sie die Ursachen der eher schlechten Haushaltslage in ihrer Stadt?



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Aussage 2 und 3 der Abbildung beziehen sich sowohl auf klassische Thesen der Wissenschaft als auch auf Stereotype der Allgemeinheit. Den Gedankengängen der politischen Ökonomie und der Bürokratietheorie folgend, ist Sparsamkeit für Politik und Verwaltung irrational, da ihnen hieraus kein Vorteil erwächst (vgl. Geißler 2011). Demgegenüber drängen Politiker im politischen Wettbewerb um Stimmen auf die Erhöhung der Ausgaben, um damit die Interessen größerer Gruppen der Wählerschaft zu erreichen. Auch die Verwaltung selbst ist bestrebt, die eigenen Budgets zu mehren. Schlussendlich hat „Wirtschaftlichkeit keinen Anwalt im System“ (Mädling 1983: 42). Die Kämmerei kann sich im Wettstreit mit Politik und Fachverwaltungen nur mäßig behaupten. Ohne Begrenzung des Haushalts von außen durch das Haushaltsrecht oder die Kommunalaufsicht führt das Zusammenwirken der internen Akteure zwangsläufig zu einer ständigen Überschreitung der verfügbaren Mittel und damit zu Defiziten. Die Aussagen 2 und 3 sind bewusst umgangssprachlich formuliert. Beide Punkte zählen zu den endogenen, also hausgemachten Faktoren kommunaler Defizite. Zustimmung und Ablehnung liegen im Vergleich zu den weiteren Aussagen eher im mittleren Bereich. Auffällig ist in Bezug auf die Politiker der große Unterschied zwischen jüngeren und älteren Befragten. Letztere sehen diesen Faktor als weniger wichtig an. Eine bemerkenswert große Zustimmung erreicht die Gruppe der Nichtwähler, interpretierbar als Ausdruck politischer Distanzierung. Auch zwischen kleinen und großen Städten besteht eine Differenz.



Befragte aus kleinen Städten sehen weniger kritisch auf ihre Lokalpolitiker. Sichtbar sind auch die Meinungsunterschiede zwischen Befragten aus armen und gesunden Städten. Letztere attestieren ihrer Lokalpolitik einen besseren Umgang mit Geld. Sie stellen durchaus einen Zusammenhang zwischen guter Haushaltslage und dem Wirken der Politik her.

Das Phänomen der Größenklassen zeigt sich auch in der Beurteilung der Verwaltung. Befragte aus großen Städten sehen eher Mängel der Wirtschaftlichkeit denn jene aus kleinen. Die deutlichen Unterschiede zwischen den Größenklassen der Städte in den Aussagen 2 und 3 können auf eine Bestätigung der Annahmen größerer Bürgernähe von Politik und Verwaltung in kleinen Städten hindeuten. Wiederum auffällig und mit Abstand kritischer sind die Nichtwähler. Befragte mit geringem Einkommen scheinen dahingegen eher positivere Erfahrungen mit ihrer Stadtverwaltung gemacht zu haben. Allgemein ist die Korrelation zwischen beiden Aussagen hoch.

Aussage 4 greift eine These auf, die vornehmlich in Nordrhein-Westfalen, dabei insbesondere im Ruhrgebiet, vertreten wird. Anfang des Jahres 2012 forderten die Oberbürgermeister dreier Großstädte des Ruhrgebietes, den Solidarpakt zu beenden; unter anderem, da er die Haushalte ihrer Städte zu stark und unnötig belastet (vgl. Der Neue Kämmerer 2012). Die Befragten teilen diese Aussage in hohem Maße, deutlich zunehmend mit dem Alter. Eine geringere Zustimmung ist unter den Befragten mit geringem Einkommen beobachtbar. Unter Befragten aus gesunden Städten genießt diese These weniger Popularität. Beachtlich ist sie dennoch vor dem Hintergrund, dass keine einzige der gesunden Städte im Ruhrgebiet liegt.

Zuweisungen des Landes bilden in Nordrhein-Westfalen ungefähr die Hälfte der kommunalen Einnahmen. Diese Zuweisungen sind verfassungsrechtlich vorgeschrieben. Sie dienen der Sicherung kommunaler Selbstverwaltung und auch der Finanzierung der durch das Land übertragenen Aufgaben. Beschwerden über das zu geringe Niveau dieser Zuweisungen gehören zum Standardrepertoire der Kommunen und kommunalen Verbände (vgl. Städtetag des Landes NRW 2012: 3 f.).¹⁷ Die Befragten stimmen der Aussage 5 weithin zu. Auffällig ist der im Vergleich höchste Anteil in der Kategorie „keine Angabe“. Dies kann darauf hindeuten, dass diese Aussage für die Befragten inhaltlich schwieriger zu beurteilen ist. Ein Indiz für diese Vermutung ist, dass Befragte mit einem hohen Interesse an Lokalpolitik diese Aussage vermehrt teilen. Tatsächlich ist die Finanzierungsstruktur der Gemeinden nicht leicht nachvollziehbar. Der isolierte Aspekt der Landeszuweisungen gehört hierbei noch zu den prominenteren, wird er doch in jedem Landtagswahlkampf zulasten der jeweiligen Landesregierung aufgeführt. Differenziert nach den Merkmalen der Befragten weisen die Anhänger der Grünen eine höhere Zustimmung auf, Jüngere und Nichtwähler eine geringere.

Die größte Zustimmung findet Aussage 6 „Die Sozialausgaben der Städte steigen Jahr für Jahr“. Auch diese Aussage wird seit vielen Jahren seitens der Großstädte und kommunalen Verbände

¹⁷ Diese Klagen sind sachlich nicht von der Hand zu weisen, obgleich auch die Lage des Landeshaushalts katastrophal ist. Forderungen zur Erstattung der Kosten aus übertragenen sozialen Aufgaben richten sich daher direkt an den Bund.

vertreten (vgl. Deutscher Städtetag 2010). Mit Blick auf die Ausgabenstruktur der kommunalen Haushalte im Zeitverlauf, die geringe Steuerbarkeit der Sozialausgaben, deren stetigen Anstieg und die ungenügende Finanzierung ist sie auch stichhaltig (Bertelsmann Stiftung 2012a: 23 f.).¹⁸ Die Zustimmung zu dieser Aussage ist mit Abstand am größten, parallel lehnt nur jeder zehnte Befragte selbige ab. Dieses Ergebnis vermag zu überraschen, kann die Aussage doch als Angriff auf den Sozialstaat interpretiert werden, dem die Bevölkerung gemeinhin entgegentritt. Die Beurteilung variiert nicht mit der Größe und kaum mit der Haushaltslage der Stadt. Ersichtlich sind große Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren. Die Grünen stimmen seltener als der Durchschnitt zu, die Nichtwähler häufiger. Auch Befragte mit „geringem Einkommen“ können sich mit dieser Aussage seltener identifizieren, vielleicht da sie soziale Leistungen eher in Anspruch nehmen.

Die sechs Aussagen in Abbildung 6 stellen kein Ranking der Ursachen kommunaler Verschuldung dar. Dennoch lassen sich einige Schlüsse daraus ziehen. Die Bürger haben ein differenziertes Problemverständnis der kommunalen Verschuldung. Eine einseitige Schuldzuweisung an Politik und Verwaltung ist nicht zu beobachten. Die wichtigste Ursache aus Sicht der Befragten sind die kommunalen Sozialausgaben. Diese werden üblicherweise zu den „exogenen Faktoren“ gezählt, die sich weithin einer Steuerung durch die lokal Verantwortlichen entziehen. In die gleiche Kategorie fällt auch der Faktor „Zuweisungen des Landes“ und „Solidarpakt“. Dieses Ergebnis gewinnt für die lokale Politik Relevanz dahingehend, dass sie selbst für die kommunale Haushaltskrise nur bedingt verantwortlich gemacht wird. Im Vergleich der persönlichen Merkmale der Befragten tritt wiederholt deren Alter auf. Die Einschätzungen zwischen Jüngeren und Älteren weichen zum Teil deutlich voneinander ab. Das Merkmal „Nichtwähler“ bewirkt ebenso in fünf Fällen statistische Unterschiede, „geringes Einkommen“ in vier. In drei von sechs Kategorien fallen die Anhänger der Grünen auf; gleichsam die Unterschiede zwischen kleinen und großen sowie armen und gesunden Städten. Die beiden Volksparteien sind hingegen in allen Punkten sehr nah beisammen.

4.3 Betroffenheit von Einsparungen und Verschuldung

Vielen Praktikern ist das eingangs erwähnte Phänomen vertraut: Bürger lehnen gemeinhin Verschuldung ab, gleichsam aber auch Maßnahmen, die notwendig sind, öffentliche Haushalte zu stabilisieren. Die Befragten fürchten offenbar beide Alternativen. Dieses scheinbare Paradoxon stellt die lokal Verantwortlichen regelmäßig vor kaum lösbare Entscheidungen. Gleichsam liegen wenige Erkenntnisse dahingehend vor, in welchem Ausmaß Bürger sich tatsächlich von Verschuldung und Einsparungen betroffen fühlen. Wir haben diesen Punkt daher aufgegriffen.

Aussage 2 in Abbildung 7 adressiert eine allgemeine zukunftsbezogene Bewertung der kommunalen Verschuldung. Sie hat somit eher prognostischen Charakter. Aussage 1 bezieht sich dahingegen auf ganz konkrete Erfahrungen in der eigenen Stadt. Beide Aussagen fokussieren auf

¹⁸ Auch die Bertelsmann Stiftung verortet hier den zentralen Treiber kommunaler Verschuldung. Sie tritt daher für eine Übernahme gemeindlicher Soziallasten durch den Bund im Rahmen der Neugestaltung bundesstaatlicher Finanzbeziehungen ein. Vgl. Bertelsmann Stiftung 2012a: 26 f.



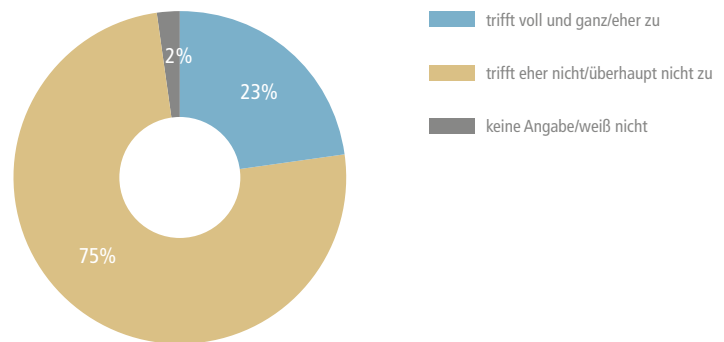
unterschiedliche zeitliche und inhaltliche Perspektiven. Gemein ist ihnen der Bezug auf den persönlichen Lebenskontext. Dass beide Alternativen die Lebensqualität über kurz oder lang belasten können, sei es in Form schlechterer öffentlicher Leistungen oder höherer Abgaben, ist offensichtlich. Die Spezifizierung auf diesen persönlichen Lebenskontext ist insofern wichtig, da es durchaus vorstellbar ist, dass aus Sicht des Bürgers Verschuldung zwar dem Staat als Ganzes schadet, nicht aber ihm selbst.

Aussage 2 findet deutlich höhere Zustimmung. Fast jeder zweite Befragte sieht Verschuldung als Gefährdung der eigenen Lebensqualität. Diese Einschätzung erscheint relativ gering, wenn man bedenkt, wie kritisch die Bevölkerung allgemein über öffentliche Verschuldung urteilt. Über die Hälfte der Befragten sieht sich durch eine Zunahme der städtischen Verschuldung nicht persönlich betroffen. Da Jüngere und Ältere unter dem Durchschnitt liegen, sind es die mittleren Jahrgänge, welche eher Gefahren sehen. Ein Parteieinfluss ist nicht feststellbar, lediglich die „Nichtwähler“ liegen über dem Trend. Deutlicher hingegen variieren die Einschätzungen nach der Größe und Haushaltslage der Stadt. Es sind die Befragten aus den großen und den armen Städten, welchen die Verschuldung vermehrt Sorgen um ihre Lebensqualität bereitet. Beides ist sachlich angesichts der Problemlagen nachvollziehbar.

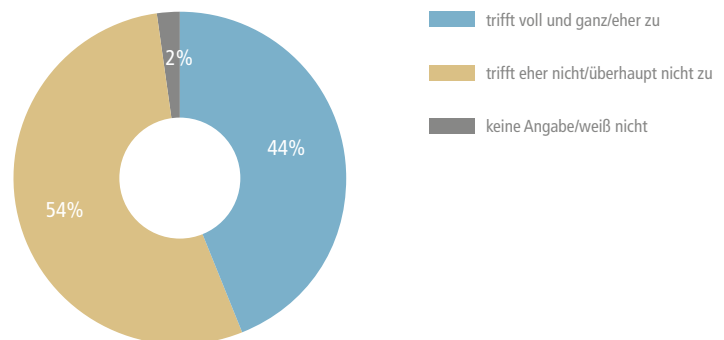
Mit Einsparungen in kommunalen Haushalten geht zumindest mittelfristig eine Reduzierung öffentlicher Leistungen, Standards oder Infrastrukturen einher. Diese Entscheidungen gewinnen eine hohe sozialpolitische Brisanz. Knapp ein Viertel der Befragten stimmt Aussage 1 zu, ein erstaunlich geringer Anteil angesichts der langjährigen Haushaltsnot vieler Städte, der medialen und politischen Präsenz sowie der stets lauten Interessengruppen vor Ort. Diese Aussage sollte nicht in der Weise interpretiert werden, dass die Einsparungen für die Befragten nicht sichtbar oder spürbar waren. Dies wäre für viele Städte Nordrhein-Westfalens kaum möglich. Die Einsparungen waren offensichtlich weit überwiegend nicht so wesentlich, die persönliche Lebensqualität zu beeinträchtigen. Die Gefahr, „ärmere“ Bevölkerungsschichten verstärkt zu treffen und damit gesellschaftliche Segregation zu verstärken, bestätigt sich jedoch auch in dieser Erhebung. Befragte mit „geringem Einkommen“ fühlen sich in höherem Maße von den Einsparungen der Städte betroffen. Unter den verschiedenen Altersgruppen stimmen Jüngere und Ältere der Aussage weniger zu. Auch hier zeigt sich im Umkehrschluss: Die mittleren Altersgruppen liegen über dem Durchschnitt. Unter den SPD Anhängern ist die Zustimmung größer als unter denen der CDU. Auch die „Nichtwähler“ liegen über dem Schnitt. Ein Einfluss aus der Größe der Stadt ist nicht feststellbar. Nicht überraschend ist die Feststellung, dass Befragte in armen Städten eine höhere Beeinträchtigung der Lebensqualität wahrnehmen. Befragte aus gesunden Städten fühlen sich kaum betroffen. Hier bestünde eher die Frage, ob es in diesen Städten in den letzten Jahren überhaupt Einsparmaßnahmen gab. Aus beiden Aussagen lässt sich ableiten, dass die Bürger die untersuchten Themen in Anlehnung an ihr eigenes Umfeld differenziert betrachten. Diese Erkenntnis ist ein Beleg für die Aussagekraft der Erhebung.

Abbildung 7: Persönliche Betroffenheit der Befragten von kommunaler Verschuldung und Einsparungen

1. Die Einsparungen meiner Stadt haben meine Lebensqualität beeinträchtigt.



2. Wenn die Verschuldung meiner Stadt nicht gestoppt wird, ist meine Lebensqualität gefährdet.



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

4.4 Beteiligungsbereitschaft

Das stärkere Interesse der Bürger, sich über Wahlen hinaus in politische Entscheidungen einzubringen, zählt zu den großen gesellschaftlichen Trends dieser Tage. Die kommunale Ebene ist für diese Bürgerbeteiligung über den engen räumlichen Bezug zwischen Verwaltung, Politik, Bürgern und kommunalen Leistungen prädestiniert. Seit einigen Jahren findet daher das Konzept der „Bürgerkommune“ intensive Reflexion in Wissenschaft und Praxis (vgl. Holtkamp und Bogumil 2007). In dieser ist der Bürger nicht mehr nur Nutzer und Financier von Leistungen, sondern auch Entscheider und Koproduzent.

Bürgerbeteiligung im Sinne von Mitentscheidung soll die offiziellen Entscheidungsverfahren ergänzen, die Qualität der Abwägungen erhöhen, informieren und sensibilisieren, Akzeptanz der



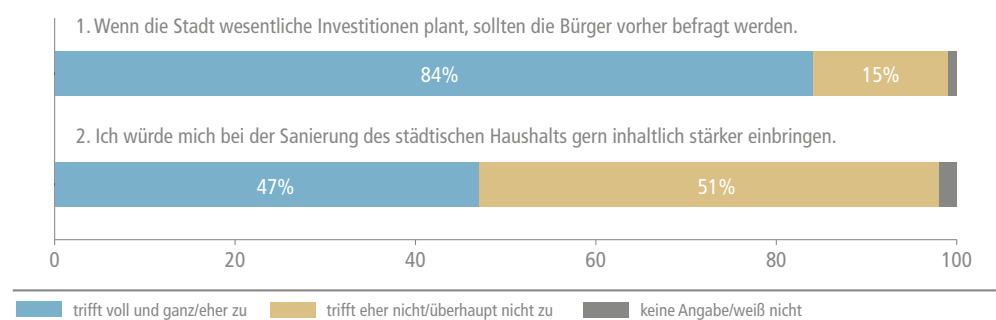
Entscheidungen steigern, mehr Interessen berücksichtigen und letztlich Konflikte mindern. Die Erwartungen sind groß, ebenso das Spektrum denkbarer Verfahren (Bertelsmann Stiftung 2012b). In der Haushaltskonsolidierung wären diese Effekte von hohem Wert. Bürgerhaushalte erfreuen sich seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts stetig wachsender Beliebtheit und Anwendung (vgl. Franzke und Kleger 2010). In Nordrhein-Westfalen zeigten die Städte Kreativität in dem Bemühen, Bürgerhaushalte explizit auf Haushaltskonsolidierung auszurichten (z. B. Solingen, Essen, Münster). Das Innenministerium empfiehlt dieses Vorgehen insbesondere für die Städte des Stärkungspaktes.

In vorliegender Untersuchung waren die Befragten um die Bewertung von vier Aussagen aus dem Bereich der Bürgerbeteiligung gebeten. Die Aussagen der Abbildung 8 zielen auf eine Mitentscheidung. Die Mitentscheidung bei einzelnen Investitionen in Aussage 1 ist dabei konkreter denn die „inhaltliche Einbringung“ in ein umfangreiches Zahlenwerk wie den Haushaltsplan (Aussage 2). Mit Aussage 1 kann sich eine übergroße Mehrheit von 84 Prozent der Befragten anfreunden. Diese Zustimmung ist dabei über alle Merkmale der Person und Stadt sehr einheitlich. Eine höhere Zustimmung zeigen einzig die Nichtwähler. Dieser Effekt deutet darauf hin, dass direkte Mitentscheidung ein Mittel sein kann, politische Distanzierung abzubauen. Auch eine gelegentlich vermutete Zurückhaltung älterer Bürger gegenüber direkter Demokratie ist hier nicht ersichtlich. Aussage 2 erreicht keine Mehrheit und wird knapp abgelehnt. Die Mitentscheidung in allgemeinen Haushaltsthemen ist für die Bürger offensichtlich weniger attraktiv denn die in einzelnen Großinvestitionen. Hier treten wiederum Differenzierungen entlang der Altersgruppen auf. Die Jüngeren sind offener denn die Älteren. Eine tiefere Analyse der Altersstrukturen zeigt, dass die Zustimmung quasi parallel zum Alter abnimmt; bei den über 75-Jährigen erreicht sie nur noch 24 Prozent. Auch mit dieser Aussage liegen die „Nichtwähler“ in der Zustimmung über dem Durchschnitt. Geringer ist die Zustimmung der CDU-Anhänger. Inwieweit die Größe der Stadt einen wesentlichen Unterschied begründet, bleibt diskutabel. Wohl aber deutlich ist der Einfluss der Haushaltslage. Bürger in gesunden Städten äußern weniger Interesse, sich einzubringen denn jene in armen Städten. Ein langjähriger hoher Problemdruck wirkt offenbar nicht abschreckend auf die Bürger.

Im Vergleich der Aussagen 1 und 2 wird die Fokussierung der Bürger auf einzelne große, im Regelfall auch sichtbare Entscheidungen erkennbar. Der Haushaltsplan hingegen mit seinen tausenden Haushaltsstellen und komplexen Zusammenhängen scheint aus Sicht der Bürger weniger interessant und weniger geeignet für direkte Partizipation. Einen klaren Zusammenhang zwischen dem Interesse an eigenen Vorschlägen und Verschuldungsursachen ziehen die Bürger nicht. Bürger, welche die Schuld bei Politik und Verwaltung vermuten, sind zwar besonders vorschlagswillig. Gleiches gilt jedoch auch für die Ursache „Zuweisungen des Landes“. Die Betonung endogener und exogener Faktoren hat wenig Einfluss auf die Bereitschaft zu inhaltlicher Mitwirkung an der Konsolidierung.

In vielen Städten Nordrhein-Westfalens werden mit den Bürgerhaushalten bereits Verfahren praktiziert, über welche sich die Bürger in die Haushaltspolitik einbringen können.¹⁹ 226 der 1.004 Befragten, somit fast ein Viertel, wohnen in Städten, in denen ein solcher Bürgerhaushalt etabliert ist. Interessanterweise unterscheidet sich die Bewertung der Aussage 2 in Abbildung 8 in dieser Gruppe nicht von der gesamten Stichprobe. Die Existenz eines Bürgerhaushalts in einer Stadt hat, basierend auf diesen Daten, keinen Einfluss auf den Willen der Bürger, sich in die Haushaltssanierung inhaltlich einzubringen. Dies kann als Bestätigung der eher skeptischen wissenschaftlichen Evaluationen dieses Beteiligungsinstrumentes interpretiert werden (Franzke und Kleger 2010: 78 ff.).

Abbildung 8: Interesse der Befragten an Beteiligung in der städtischen Haushaltspolitik



Quelle: eigene Darstellung

Bertelsmann Stiftung

Eine rein inhaltliche Beteiligung der Bürger wird dem Ausmaß der kommunalen Haushaltsnöte in vielen Städten Nordrhein-Westfalens nicht mehr gerecht. Haushaltskonsolidierung kann dort, wenn überhaupt, nur über einen Abbau von Leistungen oder höhere Abgaben der Bevölkerung gelingen.²⁰ Sie ist in diesem Sinne für die Bürger „spürbar“. Aus Abbildung 9 wird deutlich, dass die Bereitschaft hierzu in der Mehrheit der Bürger nicht vorhanden ist. Zwei Fünftel der Befragten sind zu „spürbaren eigenen Beiträgen“ bereit. Befragte mit geringem Einkommen und Nichtwähler erreichen eine Zustimmung von unter 30 Prozent. Einzig die Anhänger der „Grünen“ bilden einen Ausreißer nach oben. Eine geringere Zustimmung zeigen Befragte aus großen Städten und aus armen Städten. Gegenteilig liegen Befragte aus kleinen und auch gesunden Städten. Diese Ergebnisse können zweifach interpretiert werden. Die Zurückhaltung der Befragten aus großen und armen Städten kann Folge größerer Distanzierung, aber auch wahrgenommener Vergeblichkeit der Bemühungen sein. Die Ablehnung verstärkt sich, wenn beide Merkmale kumuliert vorliegen. Befragte aus großen und armen Städten erreichen nur eine Zustimmung von 26 Prozent. Eine ungemein wichtige Erkenntnis für die Lokalpolitik wird in Bezug auf die Bürger aus gesunden Städten deutlich. Ihnen ist offensichtlich der Wert stabiler Haushalte bewusst. Sie wollen

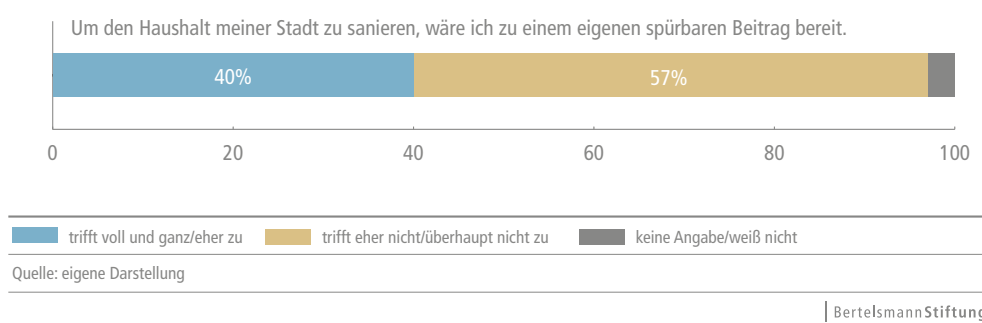
¹⁹ Die Bundeszentrale für politische Bildung betreibt die Homepage www.buergerhaushalt.org, auf welcher alle Bürgerhaushalte, sortiert nach Entwicklungsstadium, aufgeführt sind. Ende 2012 war in 43 Städten NRWs ein Bürgerhaushalt eingeführt oder fortgeführt.

²⁰ In den Städten des Stärkungspaktes ist eine starke Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B zu beobachten.



diese Stabilität wahren und sehen sich auch selbst stärker in der Verantwortung. Ebenso wirkt ein hohes lokalpolitisches Interesse positiv auf die Zustimmung. Es besteht eine hohe Korrelation in den Bewertungen der Aussage 2 in Abbildung 8 und der Abbildung 9. Befragte, die sich gern inhaltlich stärker einbringen möchten, sind auch eher zu eigenen Beiträgen bereit. Diese Korrelation existiert jedoch nicht in Bezug auf Aussage 1 in Abbildung 8. Der Willen der Bevölkerung, an einzelnen Großinvestitionen mitzuentcheiden, existiert offensichtlich auch isoliert zur kommunalen Haushaltsnot.

Abbildung 9: Bereitschaft zu eigenen Sanierungsbeiträgen



Die Gruppe der Befragten, welche „grundsätzlich zu eigenen Beiträgen bereit wären“ weist folgende Merkmale auf:

Tabelle 7: Merkmale der konsolidierungsbereiten Befragten

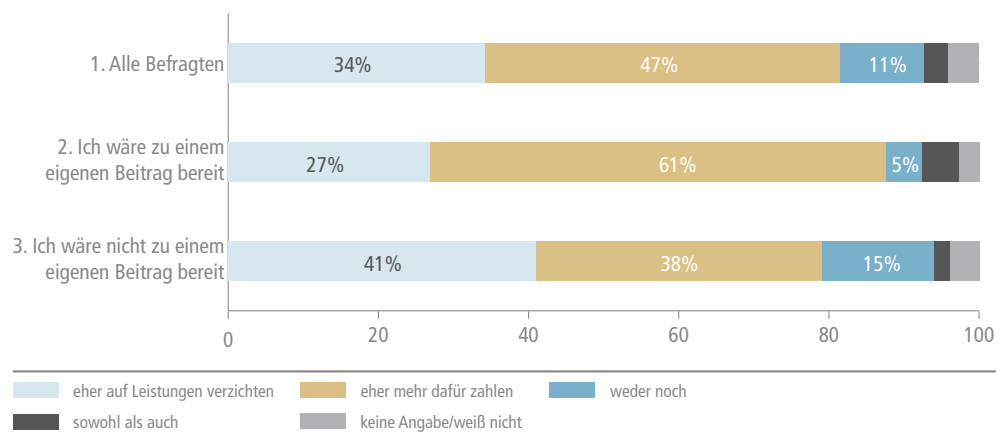
Betonung auf:	Merkmale der Person und der Stadt:
<ul style="list-style-type: none"> · Interesse für Lokalpolitik · Zuweisungen des Landes als Verschuldungsursache · Verschuldung als Gefahr · Durch Einsparungen der Vergangenheit belastet · Mit eigenen Vorschlägen in die Haushaltssanierung einbringen 	<ul style="list-style-type: none"> · Eher wohnhaft in kleinen Städten, seltener in großen · Eher wohnhaft in fiskalisch gesunden Städten, seltener in armen · Eher Anhänger der Grünen, seltener Nichtwähler · Seltener ein geringes Einkommen

In einer groben Einteilung bedeutet Haushaltskonsolidierung in den Städten, entweder kommunale Leistungen einzuschränken oder Abgaben der Bürger zu erhöhen. Typische kommunale Leistungen sind zum Beispiel Bibliotheken, Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Schulgebäude, Straßen, Ver- und Entsorgung, Zuschüsse an Kultureinrichtungen etc. Kommunale Abgaben der Bürger sind zum Beispiel Gebühren für die Inanspruchnahme dieser Leistungen oder die Grundsteuer B. Vor eine allgemeine Alternative gestellt, entscheidet sich der größere Teil der Befragten dafür, mehr für kommunale Leistungen zu bezahlen (vgl. Abbildung 10, Balken 1). Ein Drittel würde eher auf Leistungen verzichten; verstärkt die Nichtwähler. „Eher mehr bezahlen“ würden die Wähler der Grünen, gegenteilig liegen Befragte mit „geringem Einkommen“. Die Haushaltslage der Stadt macht keinen Unterschied.

Dass nur jeder Neunte beide Alternativen ablehnt, kann für die Sensibilisierung der Bürger sprechen. Diese Gruppe umfasst 112 Personen. Wie lassen sich diese Bürger beschreiben? Sie interessieren sich weniger für Lokalpolitik. Sie sind tendenziell älter als 60 Jahre, leben in kleinen Städten, wählen seltener die Grünen und haben vermehrt ein geringes Einkommen. Jene Befragten schätzen den Haushalt ihrer Stadt nicht besser ein als der Durchschnitt und sehen auch in durchschnittlichem Maße Verschuldung als Gefahr. Sie fühlen sich durch die vergangenen Einsparungen ihrer Stadt stärker betroffen.

Abbildung 10: Optionale Sanierungsbeiträge

Einmal angenommen, Sie sollten einen eigenen Beitrag zur Sanierung des Haushalts ihrer Stadt leisten. Würden Sie eher auf Leistungen verzichten oder mehr dafür zahlen?



Quelle: eigene Darstellung

Bertelsmann Stiftung

Gruppiert man die Befragten entlang der Aussage in Abbildung 9 (Bereitschaft zu eigenen spürbaren Beiträgen), so verändert sich die Wahl der Alternativen. Die Gruppe der Befragten, die „grundsätzlich zu einem eigenen Beitrag bereit wären“ (Abbildung 10, Balken 2), würde mit großer Mehrheit eher mehr bezahlen. Nur gut ein Viertel würde auf Leistungen verzichten. In der Gruppe der Befragten, welche „nicht zu eigenen spürbaren Beiträgen bereit wäre“ (Abbildung 10, Balken 3), drehen sich die Verhältnisse. Diese Gruppe würde eher auf Leistungen verzichten. Auch der Anteil der Befragten, welcher beide Alternativen ablehnt, steigt.

4.5 Politisches Risiko der Haushaltskonsolidierung

Haushaltskonsolidierung gilt als ein Thema, mit dem sich Wahlen nicht gewinnen lassen. Dem Bürger wird gemeinhin unterstellt, an einem Ausbau öffentlicher Leistungen und Infrastruktur interessiert zu sein. Politik und Medien greifen dieses „artikulierte Nachholbedürfnis“ bereitwillig auf und verstärken es (Nassmacher und Nassmacher 2007: 67). Zwangsläufig wird der politische



Wettbewerb zwischen Parteien und Personen daher über Versprechen geführt, öffentliche Leistungen und damit öffentliche Ausgaben auszuweiten. Die tatsächlich verfügbaren Mittel stehen selten im Vordergrund. Haushaltskonsolidierung gilt aus Sicht der Politik als gefährlich, da sie unweigerlich mit Belastungen der Bürger verbunden ist. Aus diesem Grund wird das Thema in Wahlkämpfen vorsorglich vermieden. Zumindest wird es nicht konkret und seriös genutzt. Wir wollen uns der Frage widmen, wie die Bürger dieses vermeintlich unpopuläre Thema einschätzen. Kostet das Sparen Stimmen oder unterschätzt die Politik die Wähler?

Um ein Bild von den Meinungen der Bürger zu gewinnen, wurden sie um die Einschätzung dreier, in einem inhaltlichen Zusammenhang stehender Aussagen gebeten (vgl. Abbildung 11).

Rund drei Viertel der Befragten sehen die Haushaltssanierung als „vordringlichste Aufgabe“ der lokal Verantwortlichen (Aussage 1 in Abbildung 11). Eine Einschätzung, die zu überraschen vermag. Methodisch muss hier angemerkt werden, dass den Bürgern keine Politikfelder zum Vergleich gegeben waren. Von daher lässt sich aus dieser Antwort nicht ablesen, wie die Bürger Haushaltskonsolidierung in Relation zu anderen wichtigen Themen einordnen. Mit Blick auf die persönlichen Merkmale der Befragten und die Merkmale der Stadt ist für Aussage 1 Folgendes festzustellen: Die Zustimmung ist über alle Merkmale hinweg sehr gleichmäßig. Lediglich die Jüngeren fallen nach unten ab. Ein geringes Einkommen oder unterschiedliche Parteipräferenzen haben keinen Effekt; ebenso nicht die Größe der Stadt, wohl aber deren Haushaltslage. Befragte aus armen Städten gewichten das Thema höher denn solche aus gesunden Städten. Für Letztere ist es aber dennoch mehrheitlich vorhanden. Zwischen der wahrgenommenen persönlichen Betroffenheit (Abbildung 7) und der Zustimmung zu Aussage 1 in Abbildung 11 besteht ein Zusammenhang. Wer kommunale Verschuldung stärker als persönliche Bedrohung auffasst, wünscht sich eine höhere Relevanz auf Ebene der lokalen Politik.

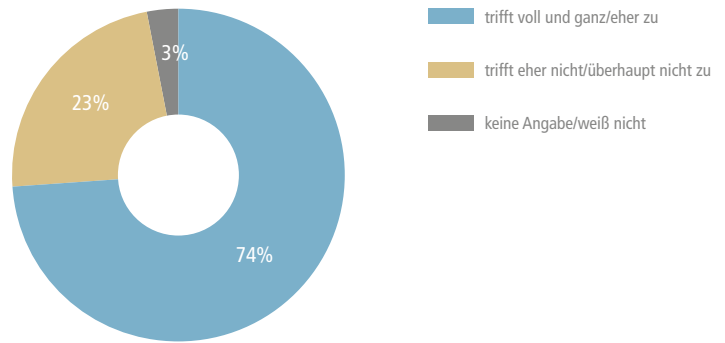
Nach diversen Reformen der Kommunalverfassungen in den neunziger Jahren besitzt der Bürgermeister in allen Bundesländern eine politisch und administrativ herausgehobene Funktion und wird durch die Bürger direkt gewählt. Der Bürgermeister gewinnt damit Handlungsspielraum, auch wenn dieser in Nordrhein-Westfalen als traditionell geringer denn in anderen Bundesländern gilt (vgl. Gehne und Holtkamp 2005).²¹ Gleichzeitig steht er in einem direkten politischen Wettbewerb um Wählerstimmen. Von daher trifft auch auf diese Position die erwähnte Zurückhaltung zu, das Thema Haushaltskonsolidierung zu bearbeiten. Diese Zurückhaltung ist offenbar nicht angebracht. Vier von fünf Befragten würden einen Bürgermeister wählen, der die Sanierung des Haushalts konsequent angeht (Aussage 2 in Abbildung 11). Eine offensive Herangehensweise der Bürgermeister wird somit nicht nur goutiert, sondern geradezu erwartet. Die Zustimmung zu dieser Aussage steigt mit dem Alter. Sie ist darüber hinaus über die anderen Merkmale relativ gleichmäßig.

Die dritte Aussage zielt auf einen inhaltlichen Aspekt der Haushaltssanierung. In vielen Städten tritt der Reflex auf, bereits vor Beginn etwaiger Diskussionen bestimmte Leistungen von der

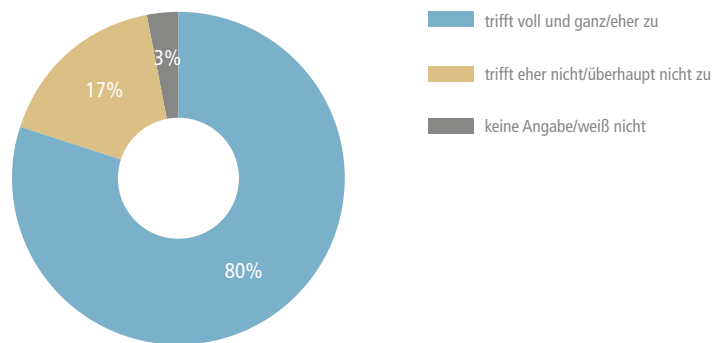
²¹ Dies resultiert auch aus unterschiedlichen Kompetenzregelungen der Gemeindeordnungen.

Abbildung 11: Politische Relevanz der Haushaltssanierung

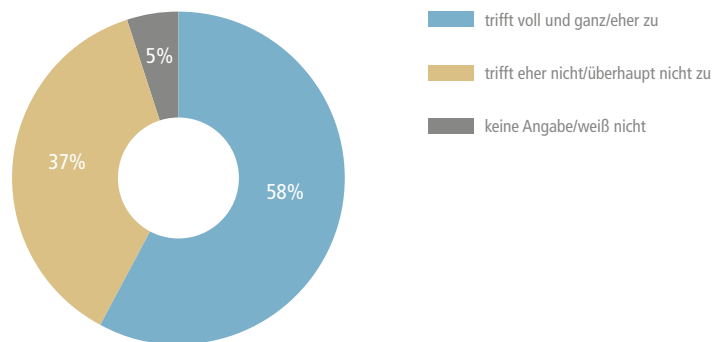
1. Die Sanierung des städtischen Haushalts sollte die vordringlichste Aufgabe der lokalen Politik sein.



2. Ich würde einen Bürgermeister wählen, der die Sanierung des städtischen Haushalts mit aller Konsequenz angeht.



3. Bei Einsparungen zur Sanierung des städtischen Haushalts darf es keine Ausnahmen geben.



Quelle: eigene Darstellung

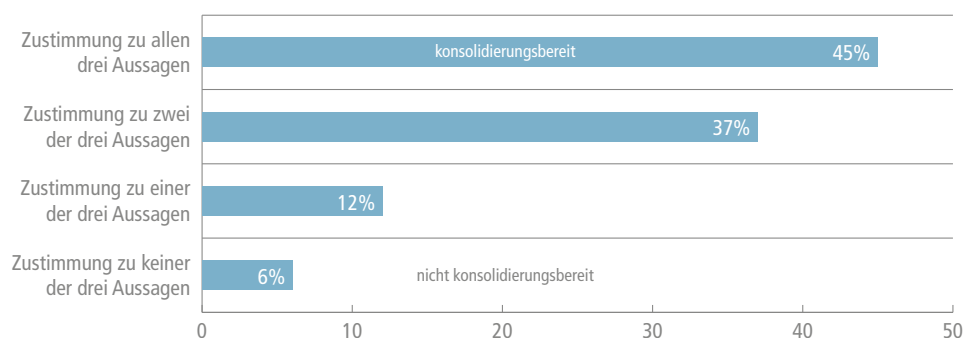
| BertelsmannStiftung



Haushaltssanierung auszunehmen. Dies ist ein Handicap, da der tatsächliche Spielraum ohnehin gering und somit der Spardruck auf die übrigen Leistungen umso stärker ist. Auch steigt die Politisierung der Diskussion. Wesentlich für eine ehrliche Debatte ist es, alle Optionen zu prüfen und auch die Konsequenzen etwaiger Ausnahmen zu betrachten. Grundsätzlich sollte die Diskussion ohne Tabus geführt werden. Die Bürger stimmen diesem Standpunkt mehrheitlich zu, wenngleich deutlich geringer denn zu den Aussagen 1 und 2 (Aussage 3 in Abbildung 11). Die Zustimmung zu dieser Aussage ist höher unter Nichtwählern. In der parteipolitischen Verortung fallen die Anhänger der Grünen mit einer geringeren Zustimmung auf. Merkmale wie Alter, Größe und Haushaltslage der Stadt weichen nicht wesentlich ab.

Wie erwähnt, stehen diese drei Aussagen in einem inhaltlichen Zusammenhang.²² Ist dem Bürger tatsächlich an der Sanierung des Haushalts gelegen, so muss er nicht nur die Relevanz des Themas hoch schätzen, sondern auch entsprechende Entscheidungsträger wählen und letztlich bereit sein, vorbehaltlos über kommunale Leistungen zu diskutieren. Kurzum, entscheidend ist nicht die Zustimmung zu einzelnen, sondern zu allen drei der genannten Aussagen. Bürger, welche allen drei Aussagen zustimmen, können als „konsolidierungsbereit“ bezeichnet werden. Im Gegensatz werden Befragte, die alle drei Aussagen ablehnen, als „nicht konsolidierungsbereit“ betrachtet. Abbildung 12 zeigt, dass rund 45 Prozent der Befragten allen drei Aussagen zustimmen. Lediglich 6 Prozent der Befragten lehnen alle drei Aussagen ab.²³ Fast 50 Prozent stimmen einer oder zwei der genannten Aussagen zu, sind in diesem Sinne also unschlüssig. Die Größenverhältnisse zwischen den Gruppen der „Konsolidierungsbereiten“ und den „nicht Konsolidierungsbereiten“ sind mit siebeneinhalb zu eins beeindruckend. Der bei Weitem größte Teil der Befragten ist sich der Herausforderungen und Konsequenzen bewusst. Nur ein geringer Teil lehnt dies vollauf ab.

Abbildung 12: Gruppierung der Befragten nach Konsolidierungsbereitschaft (N 928)



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

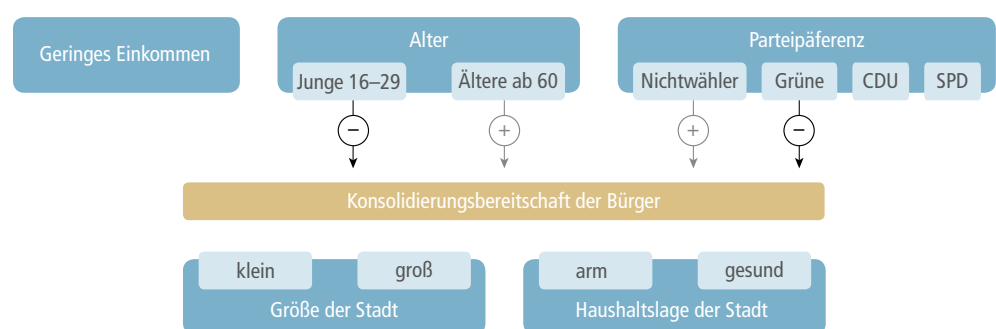
22 Die bivariate Korrelation bewegt sich zwischen 0,26 und 0,40 (Cramers V).

23 Grundlage sind die Befragten, welche alle drei Aussagen bewerteten. Von den 1.004 Befragten gaben 76 zu einer der drei Aussagen keine Einschätzung ab. Das N ist daher 928.

Die Gruppe der „Konsolidierungsbereiten“ schätzt die Haushaltslage der eigenen Stadt schlechter ein, sieht Verschuldung vermehrt als Gefahr für die eigene Lebensqualität und sieht sich selbst durch zurückliegende Einsparungen überdurchschnittlich betroffen. Interessant ist der Zusammenhang zu den in Kapitel 4.2 erfragten Ursachen kommunaler Defizite. Jene Befragten, welche die endogene Faktoren hoch gewichteten, zeigen hier eine höhere Konsolidierungsbereitschaft. Dies ist insoweit nachvollziehbar, da im Falle endogener Ursachen auch tatsächliche endogene Handlungsansätze gegeben sind. Allerdings besteht dieser positive Zusammenhang auch in Bezug auf die sogenannten exogenen Faktoren wie Sozialausgaben, Strukturwandel und Solidarpakt. Die Konsolidierungsbereitschaft der Bürger lässt sich somit nicht auf spezifische Verschuldungsursachen zurückführen.

Der nächste Schritt ist nun, etwaige Einflüsse der insgesamt elf Merkmale bzw. derer Ausprägungen auf die Konsolidierungsbereitschaft aufzudecken. Aus den elf möglichen Zusammenhängen sind statistisch zwei in hohem Maße auffällig (vgl. Abbildung 13). So sind in der Gruppe der konsolidierungsbereiten Bürger Wähler der Grünen und Jüngere stark unterrepräsentiert. Das Bild bestätigt sich in der Gegengruppe der nicht Konsolidierungsbereiten. Hier sind Wähler der Grünen und Jüngere überrepräsentiert. Zwei weitere Merkmale sind nicht so deutlich auffällig, aber interessant: Ältere und Nichtwähler. Beide Merkmale sind in der Gruppe der „Konsolidierungsbereiten“ leicht überdurchschnittlich, aber in der Gruppe der Ablehnenden seltener anzutreffen.²⁴ Die Anhänger der Volksparteien liegen dicht beieinander. Die Größe der Stadt wirkt sich ebenso nicht aus. Gesellschaftlich relevant ist die ableitbare Erkenntnis, dass Befragte mit geringerem Einkommen nicht konsolidierungsskeptischer sind, obgleich sie sich von Einsparungen stärker betroffen fühlen. Ähnlich fällt die Interpretation für Befragte aus den armen Städten des Stärkungspaktes aus. Auch sie bewegen sich im Durchschnitt der Konsolidierungsbereitschaft trotz größerer Haushaltsnot der Städte und härterer zurückliegender Sparrunden.

Abbildung 13: Soziodemographische Einflussfaktoren auf die Konsolidierungsbereitschaft der Befragten



Quelle: eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

²⁴ In der Interpretation der Merkmale in der Gruppe der nicht konsolidierungsbereiten Befragten ist infolge derer geringer Größe Zurückhaltung geboten.

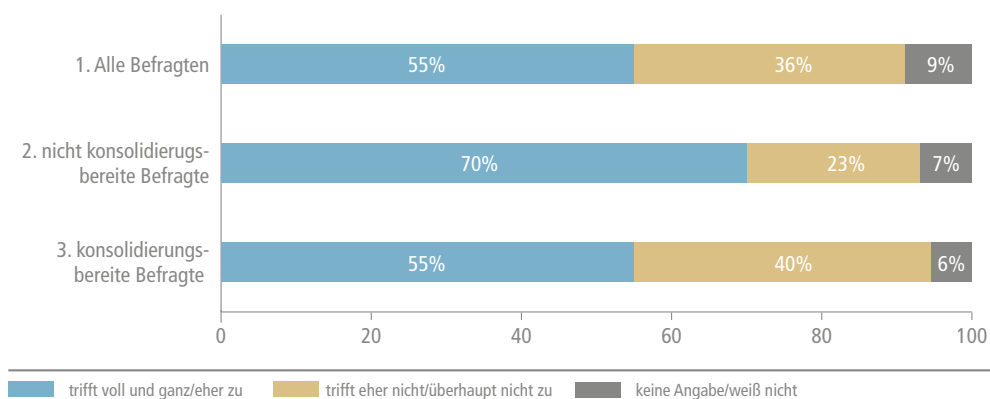


Aus der Zustimmung zu den drei Aussagen in der Abbildung 11 wird deutlich, dass die Bürger die Sanierung der städtischen Haushalte in hohem Maße fordern und erwarten. Balken 1 in Abbildung 14 zeigt, dass die Bürger den jeweils lokalpolitisch Verantwortlichen ein „ernsthaftes Bemühen“ mehrheitlich attestieren. In diesem Sinne sind die Bürger durchaus zufrieden mit der städtischen Politik. Denn wie in Kapitel 4.3 gezeigt, ist ihnen bewusst, dass die Ursachen der schlechten Haushaltslage nur zum Teil in „schlechter“ Lokalpolitik“ zu suchen sind. Befragte aus kleinen Städten sehen dieses Bemühen in höherem Maße denn jene aus großen Städten, vielleicht ein Hinweis auf die Eingangs beschriebene unterschiedliche politische Kultur und Bürgernähe. Noch stärker ist die Zustimmung jedoch in den gesunden Städten. Dies macht deutlich, dass die Bürger die gute Haushaltslage der Lokalpolitik anrechnen. Im Gegensatz dazu und nicht überraschend sprechen jene Befragten der lokalen Politik dieses Bemühen ab, die als Ursache der Verschuldung die lokale Politik hoch gewichten. Generell kritischer mit Stadträten und Bürgermeistern sind Jüngere und Nichtwähler und Befragte mit eher geringem Interesse an Lokalpolitik.

Im Vergleich der „Konsolidierungsbereiten“ und der „nicht Konsolidierungsbereiten“ sind starke Differenzen ersichtlich. Die Gruppe der „Konsolidierungsbereiten“ sieht in der lokalen Politik dieses ernsthafte Bemühen seltener (Balken 3 in Abbildung 14). Darin drückt sich auch ein höherer Anspruch an die lokale Politik aus, dem diese nicht voll nachkommt. Dahingegen sind Anspruch und Erwartung der Vergleichsgruppe geringer (Balken 2 in Abbildung 14).

Abbildung 14: Bemühen der lokalen Politik in der Haushaltssanierung

Stadträte und Bürgermeister in meiner Stadt bemühen sich seit Jahren ernsthaft um die Sanierung des städtischen Haushalts.



Quelle: eigene Darstellung

| Bertelsmann Stiftung

5. Schlussfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung betritt in ihrer konkreten Fokussierung auf die kommunale Haushaltspolitik Nordrhein-Westfalens Neuland. Die Ergebnisse dieser Befragung sollen das Meinungsbild der Bürger aufdecken, Transparenz schaffen und den Verantwortlichen in den Städten eine faktenbasierte Stütze sein. Gleichzeitig richten sie sich auch an die Bürger selbst.

Die Bertelsmann Stiftung ging der Frage nach, wie die Bürger zur Haushaltspolitik ihrer Stadt, zu Ursachen, Verschuldung, Sanierung und Politikern stehen. Aus diesem Grund wurden 1.004 repräsentativ ausgewählte Bürger Nordrhein-Westfalens telefonisch befragt. Insgesamt elf soziodemographische Merkmale bzw. Ausprägungen erlauben tiefer gehende Analysen. Aus der Befragung sind Rückschlüsse auf die gesamte NRW-Bevölkerung möglich.

Grundsätzlich besitzen die Befragten ein differenziertes Meinungsbild. Die Bürger sind in der Lage, die Haushaltssituation und daraus folgend auch angrenzende Themen bezogen auf ihre Stadt zu beurteilen. Eine wichtige Grundlage ehrlicher Politik ist damit vorhanden. Die Bürger akzeptieren das Problem Verschuldung und sind grundsätzlich bereit, sich damit konstruktiv und differenziert auseinanderzusetzen.

Die Bürger hegen mehrheitlich keine Vorwurfshaltung gegenüber der lokalen Politik. Hinsichtlich der denkbaren Verschuldungsursachen vertreten sie keine einfachen Schuldzuweisungen, sondern weisen ein vielschichtiges Problemverständnis endogener und exogener Faktoren auf. Fast überraschend wird den städtischen Politikern auch ein ernsthaftes Bemühen zur Lösung der Haushaltskrise attestiert. Im Gegenteil wird deutlich, dass Bürger stabile Haushalte schätzen und dies als Leistung der Lokalpolitik würdigen.

Durchaus diskussionswürdig in den Städten sind die Erkenntnisse zur persönlichen Betroffenheit der Befragten. Die Zukunft sorgt die Befragten stärker, denn sie die Belastungen der Vergangenheit trafen. Zurückblickend fühlt sich eine Minderheit von 23 Prozent persönlich durch vergangene Einsparungen der Stadt betroffen. Selbst in den Städten des Stärkungspaktes, die meist bereits seit mehr als zehn Jahren intensiv sparen, sind es „nur“ 28,5 Prozent. Dieses Größenverhältnis soll nicht dazu verleiten, die Kürzungen exponentiell auszuweiten. Aber diese Zahl muss angesichts der üblichen Widerstände und Horrorszenarien, die jedwedem Kürzungsvorschlag entgegengebracht werden, zu denken geben. Die Herausforderung gut organisierter, lauter, aber dennoch kleiner Gruppen stellt sich in fast jeder Stadt. Repräsentative Bürgerumfragen können die medial wahrgenommenen Größenrelationen korrigieren.

Direkte Beteiligung der Bürger gehört zu den großen Themen unserer Zeit. Das Beteiligungsinteresse bezieht sich jedoch eher auf einzelne Investitionsprojekte denn auf den Haushalt in Gänze. Beteiligung kann, dies zeigt auch vorliegende Befragung, solche Gruppen verstärkt erreichen, die Wahlen als üblichem Beteiligungsformat kritischer gegenüberstehen: Jüngere und Nichtwähler.



Direkte Beteiligung der Bürger, die sich allein auf inhaltliche Beiträge im Sinne von Vorschlägen à la Bürgerhaushalt beschränkt, ist jedoch nicht ausreichend.

Die Bürger Nordrhein-Westfalens äußern sich in hohem Maße konsolidierungsbereit und fordern dies auch von den Entscheidungsträgern ihrer Städte. Diese Erkenntnis ist in ihrer Deutlichkeit durchaus erstaunlich. Aufschlussreich wäre ein Vergleich mit Einschätzungen der Bürger aus anderen Bundesländern. Die Mehrheit der Bürger ist sich des Dreiklangs zwischen Themenpräferenz, Wahl entsprechender Politiker und vorbehaltloser Diskussion über den Haushalt bewusst. Lediglich ein fast verschwindend geringer Anteil von 6 Prozent der Befragten lehnt entsprechende Aussagen komplett ab. Die Größenverhältnisse sind eindeutig und lassen das Thema „Sparen“ wahltaktisch positiv erscheinen. Unter den soziodemographischen Merkmalen geht ein Einfluss des Alters und der Parteibindung auf die Konsolidierungsbereitschaft hervor. Jüngere und Wähler der Grünen sind zurückhaltender. Stärker ist die Affinität Älterer und der Nichtwähler. Alle anderen Merkmale, seien es Größe oder Haushaltslage der Stadt, Präferenzen für eine der Volksparteien oder ein geringes Einkommen, sind nicht auffällig in Bezug auf die Konsolidierungsbereitschaft der Bürger.

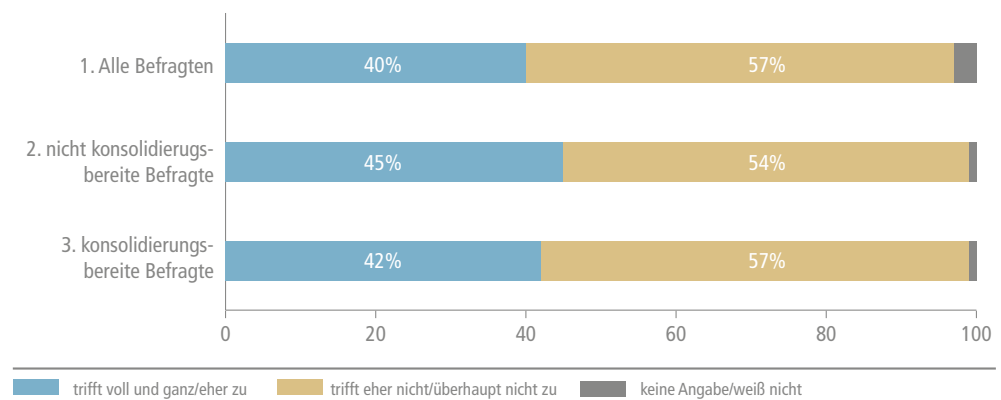
Vor allzu großer Euphorie der Kämmereien sei an dieser Stelle aber gewarnt. Die Bürger äußern sich zwar mit Vehemenz, dies drückt sich in den zwangsläufig folgenden Schritten der Sanierung aber nicht mehr sichtbar aus. Die laufenden Defizite der Städte Nordrhein-Westfalens können nur über eine Erhöhung der Einnahmen oder Reduzierung der Ausgaben abgebaut werden. Beide Richtungen treffen letztlich die Bürger.

Die Ergebnisse in Abbildung 15 in ihrer Differenzierung nach der Konsolidierungsbereitschaft lassen uns somit etwas ratlos zurück. Zwei von drei Befragten können sich eigene materielle Beiträge vorstellen. In der Differenzierung der Balken 2 und 3 treten keine wesentlichen Unterschiede entlang der Konsolidierungsbereitschaft der Bürger hervor. Eine deutlich höhere Zustimmung der konsolidierungsbereiten Bürger wäre zu erwarten und zu hoffen gewesen. Den Schluss zwischen verbalem Bekenntnis und Handlung ziehen die Bürger kaum. Die artikulierte Konsolidierungsbereitschaft muss zum großen Teil als politische Rhetorik betrachtet werden. Auch in einer Differenzierung nach Konsolidierungsalternativen (vgl. Abbildung 10) werden entlang der Konsolidierungsbereitschaft keine Differenzen sichtbar.

Grundsätzlich wäre die Option höherer Abgaben im Vergleich zu einem Verzicht auf städtische Leistungen für alle Befragten attraktiver. Offensichtlich sind sich die Bürger des Wertes kommunaler Leistungen bewusst. „Verzicht auf städtische Leistungen“ besitzt hingegen für Nichtwähler und Geringverdiener eine höhere Relevanz, für Letztere vielleicht weniger aus Wertschätzung denn aus begrenzter Kaufkraft.

Abbildung 15: Bereitschaft zu eigenen spürbaren Beiträgen der Haushaltskonsolidierung

Um den Haushalt meiner Stadt zu sanieren, wäre ich zu einem eigenen Beitrag bereit.



Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Was können die Städte tun, um diese Paradoxie aufzulösen? Die Kommunikation der Haushaltsthemen muss besser werden. In zu vielen Städten werden unangenehme Wahrheiten begrenzter Mittel oder Folgen laufender Verschuldung verschwiegen. Auf diese Weise kann dem Anspruchsdenken der Bevölkerung nicht entgegengetreten werden. In zu vielen Städten werden über diese gezielte Intransparenz auch noch immer politische Leuchtturmprojekte gefördert, die andernfalls infolge von Protesten der Allgemeinheit nicht durchsetzbar oder legitimierbar wären. Die guten Beispiele politischer Kommunikation in der Haushaltskonsolidierung zeigen hingegen, in welchem Maße sich Handlungsspielräume ausweiten können (vgl. Geißler 2012).²⁵ Der in dieser Untersuchung festgestellte statistische Zusammenhang zwischen lokalpolitischem Interesse, Beurteilung der Haushaltssituation und Konsolidierungsbereitschaft stützt diese These. Das Interesse an Lokalpolitik und am Haushalt kann über gute Kommunikation erhöht werden. In diesem Fall sollte auch das Verständnis der Bürger für die Grenzen der Haushalte steigen (vgl. Abbildung 16).

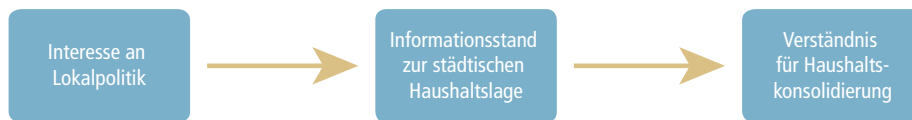
Im Rahmen der Analyse wurde gezielt auf ausgewählte soziodemographische Merkmale der Person und der Stadt eingegangen. Übergreifend lassen sich deren Effekte folgendermaßen beschreiben: Die Altersgruppen, also Generationen, liegen in vielen Einschätzungen weit auseinander, beginnend bereits beim politischen Interesse und der Einschätzung der Haushaltslage. Für jüngere Befragte besitzt daraus auch das Thema Haushaltssanierung geringere Relevanz.

In einer Differenzierung nach kleinen und großen Städten bestätigen sich theoretische Annahmen, beispielweise hinsichtlich der endogenen Faktoren der Verschuldung oder der Bereitschaft zu eigenen Konsolidierungsbeiträgen. Bürger kleiner Städte sind schlicht näher an Politik und Verwaltung und eher gewillt, sich einzubringen.

²⁵ Vgl. <http://solingen-spart.de/> oder www.essen-kriegt-die-kurve.de/



Abbildung 16: Zusammenhänge zwischen politischem Interesse, Haushaltsbeurteilung und Konsolidierungsbereitschaft



Quelle: eigene Darstellung

| Bertelsmann Stiftung

Unter den Anhängern der Volksparteien CDU und SPD treten kaum Meinungsdivergenzen auf. Diese Parteibindungen sind nahezu austauschbar. Nur an zwei Aussagen werden Unterschiede sichtbar: Das Interesse, mit eigenen Vorschlägen an der Haushaltssanierung mitzuwirken und die Betroffenheit von vergangenen Kürzungsrunden ist bei CDU-Wählern geringer. Die Grünen bilden hingegen eine starke Kontrastgruppe zu den Volksparteien, die sich durch Kaufkraft und Beteiligungsbereitschaft auszeichnet. Nicht überraschend weichen Nichtwähler mehrfach vom Durchschnitt und den Parteianhängern ab. Sie sind politisch weniger interessiert und neigen zur Vereinfachung. Für das Problem Verschuldung sind sie jedoch sensibilisiert. Über Verfahren direkter Partizipation können sie wieder in den politischen Prozess integriert werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt den armen Städten des Stärkungspaktes. Sie waren tendenziell bereits in der Vergangenheit stärker mit der Konsolidierung befasst und müssen die Intensität der Maßnahmen nun noch einmal deutlich erhöhen. Die Bürger der Stärkungspaktstädte sehen die Haushaltslage und ihre eigene Betroffenheit von vergangenen Kürzungen realistisch. Sie legen dies nicht primär der Politik zu Last. Es ist auch nicht feststellbar, dass ihre Konsolidierungsbereitschaft nunmehr gesunken ist. Allerdings sind diese Befragten noch zurückhaltender gegenüber eigenen Lösungsbeiträgen. Eine spannende Vergleichsgruppe bilden die Befragten aus fiskalisch gesunden Städten. Sie sind sich ihrer relativ privilegierten Situation bewusst, sehen aber die potenziellen Gefahren und wollen ihre gesunden Haushalte erhalten; notfalls auch durch eigene Konsolidierungsbeiträge. Eine gute Haushaltslage ist keine Einladung zu verschwenderischer Politik. Eine aus politischer Sicht kaum zu überschätzende Erkenntnis ist, dass diese Befragten die gute Haushaltslage auch der Lokalpolitik anrechnen.

Sensibilität gegenüber Bürgern mit geringem Einkommen ist, dies zeigt auch diese Befragung, notwendig. Geringverdiener sehen sich stärker gefährdet von Verschuldung und Einsparungen. Sie sind definitionsgemäß weniger zahlungskräftig und feststellbar weniger zahlungsbereit. Einige Einschätzungen lassen sich auf ein eher geringes Politikinteresse zurückführen. Nichtsdestotrotz sind sie geneigt, sich inhaltlich einzubringen. Sie sind nicht minder konsolidierungsbereit.

Die vorliegende Befragung bietet einige neue, durchaus bemerkenswerte, Erkenntnisse. Sie lässt die Entscheidungsträger aber auch mit Ungewissheiten zurück. Natürlich hat sowohl die Befragung als auch die statistische Analyse und Interpretation Grenzen. Selbige liegen zum Beispiel in der Definition bestimmter personaler und städtischer Merkmale. Einige Gruppen sind in ihrer zahlenmäßigen Größe relativ klein und somit statistisch anfälliger. Ebenso ließen sich Ausstrahlungseffekte zwischen den Aussagen in Anbetracht der Kürze des Fragebogens nicht vermeiden. Grundsätzlich stellen diese Grenzen die Erkenntnisse der Erhebung nicht infrage. Die Leser sind aufgerufen, über die umfangreichen Statistiken des Anhangs eigene Überlegungen anzustellen.



Literatur

- Anton, Stefan. „Die Finanzlage der Städte in Nordrhein-Westfalen“ *Eildienst* 6 2012. 8–12.
- Bertelsmann Stiftung. *Bürger und Föderalismus*. Gütersloh 2008a.
- Bertelsmann Stiftung. *Demographie konkret. Soziale Segregation in Großstädten*. Gütersloh 2008b.
- Bertelsmann Stiftung. *Neuordnung der föderalen Finanzverfassung Deutschlands ab 2020*. Gütersloh 2012a.
- Bertelsmann Stiftung. *Politik beleben, Bürger beteiligen*. Gütersloh 2012b.
- Bogumil, Jörg. „Parteien in der Kommunalpolitik. Hoffnungsträger oder Auslaufmodell?“. *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie. Die politischen Parteien zwischen Persistenz und Adaption*. Hrsg. David Gehne und Tim Spier. Wiesbaden 2010. 37–48.
- Boettcher, Florian, Martin Junkernheinrich und Gerhard Micosatt. *Kommunaler Finanz- und Schuldenreport Nordrhein-Westfalen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2010.
- Boettcher, Florian. „Haushaltsdefizite. Umfang, Ursachen und Lösungsmöglichkeiten. Finanzwissenschaftliche Analyse am Beispiel der kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen“. *der moderne staat* 1 2012. 65–84.
- Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung. *Kommunale Kassenkredite*. Bonn 2012.
- Diemert, Dörte. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. *Eildienst* 6 2012. 26–31.
- Deutscher Städtetag. *Sozialleistungen der Städte in Not*. Berlin und Köln 2010.
- Franzke, Jochen, und Heinz Kleger. *Bürgerhaushalte. Chancen und Grenzen*. Berlin 2010.
- Gehne, David, und Lars Holtkamp. „Die Machtposition der Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg“. *Bürgermeister in Deutschland*. Hrsg. Jörg Bogumil und Hubert Heintz. Wiesbaden 2005. 33–46
- Geißler, René. *Kommunale Haushaltskonsolidierung. Einflussfaktoren lokaler Konsolidierungspolitik*. Wiesbaden 2011.
- Geißler, René. „Zur Vermittlung unbequemer Wahrheiten. Kommunikation in der Haushaltskrise“. *Zeitschrift für Politikberatung* 2 2012. 94–98.
- Grauhan, Rolf Richard. „Der politische Willensbildungsprozess in der Großstadt“. *Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie*. Hrsg. Rolf Richard Grauhan. Gütersloh 1972. 145–162.
- Holler, Bernjamin. Liquiditätsverschuldung außer Kontrolle? Kommunale Finanzaufsicht im Ländervergleich. *Forschung für Kommunen-Arbeitspapier* 1 2012.
- Holtkamp, Lars. *Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen*. Berlin 2010.
- Holtkamp, Lars, und Jörg Bogumil. „Die Bürgerkommune. Das Konzept in Theorie und Praxis“. *Neues Verwaltungsmanagement* 2 2007. 1–29.
- Mädling, Heinrich. „Budgetierungsprozesse im Zeichen der Finanzknappheit“. *Gesellschaftliche Probleme als Herausforderung und Anstoß von Politik*. Hrsg. Hans- Herrmann Hartwich. Opladen 1983. 397–405.
- Nassmacher, Hiltrud, und Karl-Heinz Nassmacher. *Kommunalpolitik. In Deutschland*. 2. Auflage. Wiesbaden 2007.

- Neu, Viola. *Dann bleib ich mal weg. Der Mythos der Partei der „Nichtwähler“*. Konrad Adenauer Stiftung. Sankt Augustin/Köln 2012.
- Pappi, Franz Urban, und Jens Brandenburg. „Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 2010. 459–483.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband. *Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011*. Berlin 2011.
- Schnell, Rainer, Herrmann Hill und Hartmut Esser. *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 9. Auflage. München 2011.
- Schneekloth, Uwe. „Jugend und Politik. Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven“. *Eine pragmatische Generation behauptet sich*. Hrsg. Shell Deutschland Holding. Frankfurt am Main 2010. 129–164.
- Schwarting, Gunnar. *Haushaltskonsolidierung in Kommunen*. 3. Auflage. Berlin 2011.
- Städtetag des Landes NRW. *Positionspapier zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012*. Köln 2012.
- „Deutschland stirbt im Westen“. Interview mit Rainer Häusler. *Der Neue Kämmerer* 4 2012. 3.



Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abbildung 1: Entwicklung der kommunalen Kassenkredite im Zeitverlauf bundesweit und NRW (in Millionen Euro)	9
Abbildung 2: Kommunale Kassenkredite im regionalen Vergleich 2010	10
Abbildung 3: Anteil der SGB-II-Beziehenden im Jahr 2010	16
Abbildung 4: Einschätzung der Haushaltslage des Wohnortes	23
Abbildung 5: Einschätzung der Haushaltslage des Wohnortes differenziert nach armen und gesunden Städten (in Prozent)	24
Abbildung 6: Ursachen kommunaler Verschuldung (N 649)	26
Abbildung 7: Persönliche Betroffenheit der Befragten von kommunaler Verschuldung und Einsparungen	30
Abbildung 8: Interesse der Befragten an Beteiligung in der städtischen Haushaltspolitik	32
Abbildung 9: Bereitschaft zu eigenen Sanierungsbeiträgen	33
Abbildung 10: Optionale Sanierungsbeiträge	34
Abbildung 11: Politische Relevanz der Haushaltssanierung	36
Abbildung 12: Gruppierung der Befragten nach Konsolidierungsbereitschaft (N 928)	37
Abbildung 13: Soziodemographische Einflussfaktoren auf die Konsolidierungsbereitschaft der Befragten	38
Abbildung 14: Bemühen der lokalen Politik in der Haushaltssanierung	39
Abbildung 15: Bereitschaft zu eigenen spürbaren Beiträgen der Haushaltskonsolidierung	42
Abbildung 16: Zusammenhänge zwischen politischem Interesse, Haushaltsbeurteilung und Konsolidierungsbereitschaft	43

Tabellen

Tabelle 1: Altersstruktur der Befragten und der NRW-Bevölkerung	15
Tabelle 2: Kodierung und Verteilung des Merkmals „geringes Einkommen“	16
Tabelle 3: Parteipräferenz der Befragten	18
Tabelle 4: Verteilung der Befragten und der NRW-Bevölkerung auf Größenklassen der Städte	19
Tabelle 5: Verteilung der Befragten und der NRW-Bevölkerung nach Haushaltslage der Städte	20
Tabelle 6: Zusammenhänge der Merkmale von Personen und Stadt	22
Tabelle 7: Merkmale der konsolidierungsbereiten Befragten	33
Tabelle 8: Verteilung der Merkmale in der Stichprobe der Befragten	48

Statistischer Anhang

Die Befragten wurden gebeten, ihre Einschätzung jeweils auf einer vierstufigen Skala zu verorten. (z. B. stimme voll zu/stimme eher zu/lehne eher ab/lehne vollständig ab). Zusätzlich war die Option „keine Antwort/weiß nicht“ gegeben. Um statistische Unterschiede deutlicher werden zu lassen, wurden die ursprünglich vierstufigen Antworten zweistufig zusammengefasst (bspw. Stimme voll oder eher zu/lehne eher oder vollständig ab).

In der Folge ist zu jeder Frage das Antwortverhalten differenziert aufgelistet. Die erste Zeile gibt das Antwortverhalten der gesamten Stichprobe wieder. Für alle Fragen liegen elf Merkmale bzw. Merkmalsausprägungen zu den Befragten sowie zu deren Wohnorten vor. In den folgenden Zeilen ist zu jeder Frage bzw. Aussage das Antwortverhalten der Befragten entlang dieser Merkmale ausgewiesen. Abweichungen zwischen den Merkmalen bzw. deren Ausprägungen zur Stichprobe deuten auf statistische Zusammenhänge hin.

Ein Beispiel aus Frage 1

47,2 Prozent aller Befragten (1.004) interessieren sich sehr stark/stark für Lokalpolitik. Unter den jüngeren Befragten (106) und den Befragten mit geringem Einkommen (107) sind es deutlich weniger. Aus diesen Merkmalen kann daher ein Einfluss auf das Meinungsbild der Befragten abgelesen werden. Dahingegen ist eine Differenz aus der Größe der Stadt nicht ersichtlich. Selbige scheint hier nicht relevant zu sein.

Tabelle 8: Verteilung der Merkmale in der Stichprobe der Befragten

Gesamte Stichprobe		1.004
Altersgruppen	16 bis 29 Jahre	106
	Ab 60 Jahre	319
Geringes Einkommen		107
Parteipräferenz	CDU	290
	SPD	283
	Grüne	131
	Nichtwähler	64
Einwohnerzahl des Wohnortes	Bis 50.000	396
	Ab 500.000	137
Arme Stadt		260
Gesunde Stadt		136

Quelle: eigene Darstellung



1. Wie stark interessieren Sie sich für das politische Geschehen in Ihrer Stadt?

	Sehr stark/stark	Wenig/überhaupt nicht	Keine Angabe/weiß nicht
Gesamte Stichprobe	47,2 %	52,4 %	0,4 %
Alter 16 bis 29 Jahre	32,7 %	67,3 %	0,0 %
Alter ab 60 Jahre	52,4 %	46,7 %	0,9 %
Parteipräferenz CDU	49,7 %	49,6 %	0,7 %
Parteipräferenz SPD	49,3 %	50,3 %	0,4 %
Parteipräferenz Grüne	55,3 %	44,7 %	0 %
Parteipräferenz Nichtwähler	48,0 %	51,6 %	0,4 %
Geringes Einkommen	31,8 %	67,3 %	0,9 %
Städte bis 50.000 Ew.	51,8 %	47,7 %	0,5 %
Städte ab 500.000 Ew.	52,6 %	47,4 %	0 %
Arme Stadt	44,6 %	55,0 %	0,4 %
Gesunde Stadt	47,8 %	52,2 %	0 %

2. Wie schätzen Sie alles in allem zurzeit die finanzielle Lage Ihrer Stadt ein?

	sehr gut/eher gut	eher schlecht/sehr schlecht	Keine Angabe/weiß nicht
Gesamte Stichprobe	33,07 %	64,6 %	2,3 %
Alter 16 bis 29 Jahre	49,5 %	47,7 %	2,8 %
Alter ab 60 Jahre	30,7 %	65,8 %	3,5 %
Parteipräferenz CDU	36,2 %	61,7 %	2,1 %
Parteipräferenz SPD	34,9 %	63,7 %	1,4 %
Parteipräferenz Grüne	28,8 %	68,9 %	2,3 %
Parteipräferenz Nichtwähler	32,3 %	64,6 %	3,1 %
Geringes Einkommen	39,3 %	57,0 %	3,7 %
Städte bis 50.000 Ew.	39,9 %	57,3 %	2,8 %
Städte ab 500.000 Ew.	28,4 %	69,4 %	2,2 %
Arme Stadt	17,3 %	81,5 %	1,2 %
Gesunde Stadt	69,2 %	30,2 %	0,7 %

3. Nun geht es um die möglichen Ursachen für die schlechte Finanzlage in Ihrer Stadt. Dazu lese ich Ihnen einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir bei jeder Aussage, in welchem Maße diese Aussage Ihrer Meinung nach zutrifft (N 649).

3.1 Die Politiker können nicht mit Geld umgehen.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	69,3 %	27,3 %	3,4 %
Alter 16 bis 29 Jahre	76,5 %	21,6 %	2,0 %
Alter ab 60 Jahre	63,3 %	31,9 %	4,8 %
Parteipräferenz CDU	66,5 %	29,1 %	4,5 %
Parteipräferenz SPD	68,5 %	29,8 %	1,7 %
Parteipräferenz Grüne	63,7 %	34,1 %	2,2 %
Parteipräferenz Nichtwähler	88,1 %	11,9 %	0 %
Geringes Einkommen	75,4 %	18,0 %	6,6 %
Städte bis 50.000 Ew.	62,1 %	35,2 %	2,6 %
Städte ab 500.000 Ew.	74,7 %	24,2 %	1,1 %
Arme Stadt	74,5 %	22,2 %	3,3 %
Gesunde Stadt	63,4 %	36,6 %	0 %

3.2 Die Verwaltung arbeitet unwirtschaftlich und ineffizient.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	63,6 %	29,9 %	6,5 %
Alter 16 bis 29 Jahre	66,7 %	33,3 %	0,0 %
Alter ab 60 Jahre	62,9 %	29,1 %	8,1 %
Parteipräferenz CDU	62,6 %	32,4 %	5,0 %
Parteipräferenz SPD	63,5 %	32,0 %	4,4 %
Parteipräferenz Grüne	58,2 %	35,2 %	6,6 %
Parteipräferenz Nichtwähler	81,0 %	14,3 %	4,8 %
Geringes Einkommen	55,7 %	31,2 %	13,1 %
Städte bis 50.000 Ew.	58,6 %	33,9 %	7,5 %
Städte ab 500.000 Ew.	74,7 %	18,9 %	6,3 %
Arme Stadt	63,2 %	29,3 %	7,6 %
Gesunde Stadt	68,3 %	31,7 %	0 %



3.3 Die Sozialausgaben der Städte steigen von Jahr zu Jahr.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	86,0 %	10,3 %	3,7 %
Alter 16 bis 29 Jahre	74,5 %	17,7 %	7,8 %
Alter ab 60 Jahre	91,4 %	8,6 %	0,0 %
Parteipräferenz CDU	89,4 %	5,6 %	5,0 %
Parteipräferenz SPD	89,5 %	8,8 %	1,7 %
Parteipräferenz Grüne	76,9 %	19,8 %	3,3 %
Parteipräferenz Nichtwähler	92,9 %	4,8 %	2,4 %
Geringes Einkommen	77,1 %	18,0 %	4,9 %
Städte bis 50.000 Ew.	86,8 %	11,0 %	2,2 %
Städte ab 500.000 Ew.	87,4 %	11,6 %	1,1 %
Arme Stadt	87,7 %	9,0 %	3,3 %
Gesunde Stadt	82,9 %	17,1 %	0 %

3.4 Die Städte bekommen zu wenig Geld vom Land.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	66,7 %	22,4 %	11,0 %
Alter 16 bis 29 Jahre	52,0 %	34,0 %	14,0 %
Alter ab 60 Jahre	67,1 %	21,0 %	11,9 %
Parteipräferenz CDU	63,1 %	28,0 %	8,9 %
Parteipräferenz SPD	65,6 %	21,1 %	13,3 %
Parteipräferenz Grüne	76,9 %	14,3 %	8,8 %
Parteipräferenz Nichtwähler	59,5 %	23,8 %	16,7 %
Geringes Einkommen	63,9 %	21,3 %	14,8 %
Städte bis 50.000 Ew.	67,8 %	21,2 %	11,0 %
Städte ab 500.000 Ew.	70,5 %	18,9 %	10,5 %
Arme Stadt	69,8 %	21,2 %	9,0 %
Gesunde Stadt	63,4 %	29,3 %	7,3 %

3.5 Der Solidaripakt/Aufbau Ost überlastet die Städte.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	72,3 %	21,9 %	5,9 %
Alter 16 bis 29 Jahre	56,9 %	29,4 %	13,7 %
Alter ab 60 Jahre	77,1 %	18,1 %	4,8 %
Parteipräferenz CDU	77,1 %	18,4 %	4,5 %
Parteipräferenz SPD	73,5 %	20,4 %	6,1 %
Parteipräferenz Grüne	69,2 %	28,6 %	2,2 %
Parteipräferenz Nichtwähler	69,1 %	23,8 %	7,1 %
Geringes Einkommen	60,7 %	26,3 %	13,1 %
Städte bis 50.000 Ew.	70,5 %	24,7 %	4,9 %
Städte ab 500.000 Ew.	73,7 %	22,1 %	4,2 %
Arme Stadt	76,9 %	17,5 %	5,7 %
Gesunde Stadt	58,5 %	31,7 %	9,8 %

3.6 Der Niedergang der Industrie wirkt sich negativ aus.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	65,2 %	32,1 %	2,8 %
Alter 16 bis 29 Jahre	47,1 %	51,0 %	2,0 %
Alter ab 60 Jahre	64,3 %	31,9 %	3,8 %
Parteipräferenz CDU	64,8 %	33,0 %	2,2 %
Parteipräferenz SPD	66,9 %	30,4 %	2,8 %
Parteipräferenz Grüne	57,1 %	39,6 %	3,3 %
Parteipräferenz Nichtwähler	71,4 %	21,4 %	7,1 %
Geringes Einkommen	67,2 %	27,9 %	4,9 %
Städte bis 50.000 Ew.	63,0 %	34,4 %	2,6 %
Städte ab 500.000 Ew.	66,3 %	31,6 %	2,1 %
Arme Stadt	71,2 %	26,0 %	2,8 %
Gesunde Stadt	61,0 %	34,2 %	4,9 %



4. Wenn die Verschuldung in meiner Stadt nicht gestoppt wird, ist meine Lebensqualität gefährdet.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	43,8 %	53,6 %	2,6 %
Alter 16 bis 29 Jahre	39,2 %	58,9 %	1,9 %
Alter ab 60 Jahre	40,1 %	55,5 %	4,4 %
Parteipräferenz CDU	42,1 %	55,5 %	2,4 %
Parteipräferenz SPD	42,6 %	56,3 %	1,1 %
Parteipräferenz Grüne	44,7 %	52,3 %	3,0 %
Parteipräferenz Nichtwähler	50,8 %	49,2 %	0 %
Geringes Einkommen	48,6 %	47,7 %	3,7 %
Städte bis 50.000 Ew.	38,1 %	59,9 %	2,0 %
Städte ab 500.000 Ew.	48,2 %	49,6 %	2,2 %
Arme Stadt	51,9 %	45,0 %	3,1 %
Gesunde Stadt	36,0 %	62,5 %	1,5 %

5. Um den Haushalt meiner Stadt zu sanieren, wäre ich zu einem eigenen spürbaren Beitrag bereit.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	39,5 %	57,4 %	3,1 %
Alter 16 bis 29 Jahre	40,2 %	56,1 %	3,7 %
Alter ab 60 Jahre	37,0 %	58,6 %	4,4 %
Parteipräferenz CDU	40,7 %	55,9 %	3,4 %
Parteipräferenz SPD	40,5 %	57,0 %	2,5 %
Parteipräferenz Grüne	48,5 %	50,0 %	1,5 %
Parteipräferenz Nichtwähler	26,2 %	70,8 %	3,0 %
Geringes Einkommen	29,9 %	66,4 %	3,7 %
Städte bis 50.000 Ew.	40,2 %	56,8 %	3,0 %
Städte ab 500.000 Ew.	31,4 %	65,7 %	2,9 %
Arme Stadt	32,7 %	64,6 %	2,7 %
Gesunde Stadt	44,1 %	54,4 %	1,5 %

6. Die Sanierung des Haushalts meiner Stadt sollte die vordringlichste Aufgabe der Kommunalpolitik sein.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	73,5 %	23,1 %	3,4 %
Alter 16 bis 29 Jahre	52,3 %	42,1 %	5,6 %
Alter ab 60 Jahre	77,1 %	18,2 %	4,7 %
Parteipräferenz CDU	77,2 %	20,4 %	2,4 %
Parteipräferenz SPD	77,1 %	20,8 %	2,1 %
Parteipräferenz Grüne	72,7 %	25,8 %	1,5 %
Parteipräferenz Nichtwähler	74,0 %	23,0 %	3,0 %
Geringes Einkommen	71,0 %	21,5 %	7,5 %
Städte bis 50.000 Ew.	71,5 %	25,0 %	3,5 %
Städte ab 500.000 Ew.	69,3 %	27,0 %	3,7 %
Arme Stadt	77,3 %	18,1 %	4,6 %
Gesunde Stadt	67,7 %	30,2 %	2,2 %

7. Ich würde einen Bürgermeister wählen, der die Sanierung des städtischen Haushalts mit aller Konsequenz angeht.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	80,4 %	16,7 %	2,9 %
Alter 16 bis 29 Jahre	73,8 %	23,4 %	2,8 %
Alter ab 60 Jahre	83,7 %	12,2 %	4,1 %
Parteipräferenz CDU	80,3 %	16,6 %	3,1 %
Parteipräferenz SPD	83,8 %	14,1 %	2,1 %
Parteipräferenz Grüne	79,6 %	18,9 %	1,5 %
Parteipräferenz Nichtwähler	76,9 %	18,5 %	4,6 %
Geringes Einkommen	75,7 %	17,8 %	6,5 %
Städte bis 50.000 Ew.	79,5 %	17,7 %	2,8 %
Städte ab 500.000 Ew.	84,7 %	13,1 %	2,2 %
Arme Stadt	80,8 %	15,4 %	3,8 %
Gesunde Stadt	80,1 %	18,4 %	1,5 %



8. Stadträte und Bürgermeister in meiner Stadt bemühen sich seit Jahren ernsthaft um die Sanierung des Haushalts.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	54,9 %	36,4 %	8,7 %
Alter 16 bis 29 Jahre	41,1 %	44,9 %	14 %
Alter ab 60 Jahre	60,8 %	31,0 %	8,2 %
Parteipräferenz CDU	58,6 %	33,1 %	8,3 %
Parteipräferenz SPD	59,5 %	33,1 %	7,4 %
Parteipräferenz Grüne	56,1 %	35,6 %	8,3 %
Parteipräferenz Nichtwähler	40,0 %	50,8 %	9,2 %
Geringes Einkommen	51,4 %	35,5 %	13,1 %
Städte bis 50.000 Ew.	58,1 %	33,6 %	8,3 %
Städte ab 500.000 Ew.	46,0 %	46,0 %	8,0 %
Arme Stadt	56,9 %	34,6 %	8,5 %
Gesunde Stadt	69,1 %	27,2 %	3,7 %

9. Ich würde mich bei der Sanierung des städtischen Haushalts gern stärker mit eigenen Vorschlägen beteiligen können.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	46,7 %	51,1 %	2,2 %
Alter 16 bis 29 Jahre	53,3 %	45,8 %	0,9 %
Alter ab 60 Jahre	37,3 %	59,3 %	3,4 %
Parteipräferenz CDU	37,9 %	59,7 %	2,4 %
Parteipräferenz SPD	48,9 %	49,3 %	1,8 %
Parteipräferenz Grüne	49,2 %	48,5 %	2,3 %
Parteipräferenz Nichtwähler	50,8 %	47,7 %	1,5 %
Geringes Einkommen	51,4 %	45,8 %	2,8 %
Städte bis 50.000 Ew.	45,9 %	52,3 %	1,8 %
Städte ab 500.000 Ew.	51,8 %	46,7 %	1,5 %
Arme Stadt	50,0 %	48,5 %	1,5 %
Gesunde Stadt	41,9 %	55,9 %	2,2 %

10. Die Einsparungen meiner Stadt haben meine Lebensqualität beeinträchtigt.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	22,6 %	75,2 %	2,2 %
Alter 16 bis 29 Jahre	16,8 %	78,5 %	4,7 %
Alter ab 60 Jahre	18,2 %	78,7 %	3,1 %
Parteipräferenz CDU	17,6 %	80,7 %	1,7 %
Parteipräferenz SPD	22,9 %	75,0 %	2,1 %
Parteipräferenz Grüne	20,5 %	75,7 %	3,8 %
Parteipräferenz Nichtwähler	26,2 %	73,8 %	0 %
Geringes Einkommen	30,9 %	65,4 %	3,7 %
Städte bis 50.000 Ew.	19,9 %	77,3 %	2,8 %
Städte ab 500.000 Ew.	21,9 %	75,2 %	2,9 %
Arme Stadt	28,5 %	69,2 %	2,3 %
Gesunde Stadt	13,2 %	86,0 %	0,7 %

11. Bei Einsparungen zur Sanierung des städtischen Haushalts darf es keine Ausnahmen geben.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	58,2 %	36,9 %	4,9 %
Alter 16 bis 29 Jahre	56,1 %	40,2 %	3,7 %
Alter ab 60 Jahre	60,8 %	32,0 %	7,2 %
Parteipräferenz CDU	59,3 %	34,8 %	5,9 %
Parteipräferenz SPD	60,6 %	35,5 %	3,9 %
Parteipräferenz Grüne	46,2 %	50,8 %	3,0 %
Parteipräferenz Nichtwähler	72,3 %	21,5 %	6,2 %
Geringes Einkommen	64,5 %	29,9 %	5,6 %
Städte bis 50.000 Ew.	59,1 %	37,4 %	3,5 %
Städte ab 500.000 Ew.	62,8 %	32,9 %	4,3 %
Arme Stadt	58,1 %	37,7 %	4,2 %
Gesunde Stadt	63,2 %	33,8 %	2,9 %



12. Wenn die Stadt Investitionen plant, die langfristig große Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, sollten zuvor die Bürger dazu befragt werden.

	Trifft vollkommen/eher zu	Trifft eher nicht/ überhaupt nicht zu	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	83,9 %	14,6 %	1,5 %
Alter 16 bis 29 Jahre	86,0 %	13,1 %	0,9 %
Alter ab 60 Jahre	81,5 %	16,0 %	2,5 %
Parteipräferenz CDU	78,6 %	19,3 %	2,1 %
Parteipräferenz SPD	84,5 %	14,4 %	1,1 %
Parteipräferenz Grüne	82,6 %	16,7 %	0,7 %
Parteipräferenz Nichtwähler	92,3 %	7,7 %	0 %
Geringes Einkommen	87,9 %	11,2 %	0,9 %
Städte bis 50.000 Ew.	82,0 %	16,2 %	1,8 %
Städte ab 500.000 Ew.	88,3 %	10,2 %	1,5 %
Arme Stadt	85,0 %	13,8 %	1,2 %
Gesunde Stadt	80,9 %	19,1 %	0 %

13. Einmal angenommen, Sie sollten einen eigenen Beitrag zur Sanierung des Haushalts in Ihrer Stadt leisten: Würden Sie dann eher auf Leistungen verzichten, die die Stadt bisher für die Bürger erbringt, oder würden Sie eher mehr für bestimmte Leistungen bezahlen?

	Eher auf Leistungen verzichten	Eher Mehr bezahlen	Weder noch	Sowohl als auch	Keine Angabe/weiß nicht
Befragte insgesamt	34,5 %	47,0 %	11,2 %	3,1 %	4,3 %
Alter 16 bis 29 Jahre	32,7 %	52,3 %	9,4 %	0,9 %	4,7 %
Alter ab 60 Jahre	32,6 %	44,2 %	15,1 %	3,5 %	4,7 %
Parteipräferenz CDU	35,2 %	43,8 %	12,1 %	3,5 %	5,5 %
Parteipräferenz SPD	33,1 %	49,7 %	10,6 %	3,9 %	2,8 %
Parteipräferenz Grüne	34,1 %	56,8 %	4,6 %	1,5 %	3,0 %
Parteipräferenz Nichtwähler	41,5 %	41,5 %	13,9 %	3,1 %	0 %
Geringes Einkommen	35,5 %	37,4 %	15,9 %	3,7 %	7,5 %
Städte bis 50.000 Ew.	34,6 %	45,5 %	14,9 %	1,8 %	3,3 %
Städte ab 500.000 Ew.	29,2 %	48,9 %	11,0 %	5,8 %	5,1 %
Arme Stadt	36,5 %	45,4 %	9,2 %	3,1 %	5,8 %
Gesunde Stadt	36,8 %	46,3 %	9,6 %	3,7 %	3,7 %

14. Die Konsolidierungsbereitschaft der Befragten wird aus der Zustimmung zu den Aussagen Nummer 6, 7 und 11 abgeleitet. Als konsolidierungsbereit gelten die Befragten, die allen drei Aussagen (eher) zustimmen.

	Konsolidierungsbereit	Nicht konsolidierungsbereit
Befragte insgesamt	44,9 %	6,0 %
Alter 16 bis 29 Jahre	31,7 %	12,9 %
Alter ab 60 Jahre	49,5 %	3,5 %
Parteipräferenz CDU	47,0 %	5,6 %
Parteipräferenz SPD	49,6 %	5,2 %
Parteipräferenz Grüne	35,2 %	8,8 %
Parteipräferenz Nichtwähler	50,0 %	1,7 %
Geringes Einkommen	48,9 %	6,4 %
Städte bis 50.000 Ew.	42,9 %	5,9 %
Städte ab 500.000 Ew.	46,2 %	6,2 %
Arme Stadt	47,1 %	5,0 %
Gesunde Stadt	43,4 %	4,7 %

Impressum

© 2013 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Kirsten Witte

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz, München

Foto

© urbancow/iStockphoto.com

Produktion

Hans Kock, Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Dr. Kirsten Witte
Director
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81030
kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Dr. René Geißler
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81467
rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de